



PENSIONSVERSICHERUNG
FÜR DAS STAATSPERSONAL
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jahresrechnung und Jahresbericht 2010



Inhalt

2	Bericht des Stiftungsrates	4
	Bericht der Geschäftsleitung	6
	Wichtiges in Kürze	8
	Bericht der Revisionsstelle	12
	Bilanz	13
	Betriebsrechnung	14
	Anhang	16
1	Grundlagen und Organisation	16
1.1	Rechtsform und Zweck	16
1.2	Registrierung und Sicherheitsfonds	16
1.3	Rechtsgrundlagen	16
1.4	Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung	17
1.5	Aufsichtsbehörde, Experten, Revisionsstelle, Kommissionen, Geschäftsleitung und Berater	17
1.6	Angeschlossene Arbeitgeber	18
2	Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger	19
2.1	Aktiv-Versicherte	19
2.2	Mitglieder Magistratenfonds	19
2.3	Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten	19
2.4	Pensionsbezüger	19
3	Art der Umsetzung des Zwecks	20
3.1	Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)	20
3.2	Finanzierung / Finanzierungsmethode	22
3.3	Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit	22
4	Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit	23
4.1	Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26	23
4.2	Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze	23
4.3	Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung	23

5	Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad	24
5.1	Art der Risikodeckung, Rückversicherungen	24
5.2	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktiv-Versicherte	24
5.3	Entwicklung des Magistratenfonds	25
5.4	Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten	25
5.5	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger	25
5.6	Zusammensetzung der technischen Rückstellungen und des Teuerungsfonds	26
5.7	Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens	27
5.8	Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen	29
5.9	Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen	29
5.10	Deckungsgrad	30
6	Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	31
6.1	Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement	31
6.2	Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve	32
6.3	Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien	33
6.4	Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente	35
6.5	Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending	35
6.6	Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlagen	36
6.7	Erläuterung der Anlagen beim Dienstgeber	39
7	Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung	40
7.1	Erläuterungen zur Bilanz	40
7.2	Erläuterungen zur Betriebsrechnung	43
8	Auflagen der Aufsichtsbehörde	49
9	Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage	49
9.1	Nachschusspflichten (Commitment)	49
9.2	Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) – MEV im Zeitraum 2011 bis 2020	49
10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	52
	Angaben zum versicherungstechnischen Teil	53

Bericht des Stiftungsrates

4 | **Sehr geehrte Versicherte, sehr geehrte Pensionistinnen und Pensionisten**

Mit Wirkung ab 1. Januar 2010 wurde der Stiftungsrat der Pensionsversicherung für das Staatspersonal mit acht Mitgliedern und unterschiedlicher Mandatsdauer gesetzesgemäss bestellt. Die Mitglieder waren mit Ausnahme von Peter Mella und Thomas Hasler neu und stellten sich mit grossem zeitlichen und fachlichen Einsatz den herausfordernden Aufgaben. Wir konnten Ihnen schon im letzten Jahresbericht über eine Reihe von wichtigen Schritten, die zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen, versicherungstechnischen und organisatorischen Struktur führen sollen, berichten.

Während die neue Organisationsstruktur per 1. März 2010 bereits umgesetzt werden konnte, wandte sich der Stiftungsrat im Berichtsjahr im Speziellen der Finanzierung und soliden Ausrichtung der Deckungskapitalien, der Bewirtschaftung des aktiven Anlagevermögens und ganz besonders den Massnahmen zur Verbesserung des Deckungsgrades der Pensionsversicherung zu. Nebst diesen drei zentralen Verantwortlichkeiten wurden die organisatorischen Grundlagen und der Kostenaufwand der Verwaltung und der Vermögensanlagen überprüft und verbessert. Der Information der Versicherten und der Dienstgeber wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Der vorliegende Jahresbericht 2010 vervollständigt die Berichterstattung, welche die Dienstgeber und Behörden mittels Fact Sheet seit anfangs 2010 bereits quartalsweise erhalten haben.

Das ausgewiesene Jahresergebnis von CHF -3'153'007.64 erhöht den bisherigen Verlustsaldo (Stiftungskapital) der PVS auf insgesamt CHF 176'776'350.32. Trotzdem erhöht sich der rechnerische Deckungsgrad von 76.7% auf 77.7%, weil die Aktiven (verfügbare Mittel) stärker stiegen als die technischen Verpflichtungen in den Passiven. Der Verlauf des Versicherungsjahres 2010 war im Gegensatz zum Vorjahr nicht von Änderungen in der Bilanzierungsart oder von bereits wirksamen Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung betroffen. Es war ein sogenanntes normales Jahr, in welchem auch bei den Finanzanlagen mit +3.05% ein marktgerechter Erfolg erzielt werden konnte. Die Märkte waren in den Sommermonaten und dann nochmals am Ende des Jahres 2010 von starken Kurseinbrüchen betroffen. Unsere Anlagewährung Schweizerfranken war erneut Fluchtwährung vor allem für die im Euroland entstandenen Turbulenzen, welche im Ergebnis merkliche Währungsverluste bei den nicht vollständig abgesicherten Fremdwährungsanlagen verursachten. Einen besonderen Beitrag an eine im Durchschnitt für Pensionskassen der Schweiz und Liechtenstein gute Performance leisteten dank der Fremdwährungsabsicherung die Kurserfolge der Obligationen infolge Ausbleiben der Zinserhöhungen in 2010 und der rund 3%-ige Vermögensanteil in Rohstoffanlagen. Die schon im letzten Jahresbericht ausgemachten Sorgen der Anlagemärkte wie die hohe Staatsverschuldung wichtiger Wirtschaftsnationen, Verschiebungen im Währungsgefüge und eine steigende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Inflationsängsten machten 2010 tatsächlich zu einem anspruchsvollen Anlagejahr.

Auch der versicherungstechnische Verlauf kann mit Bezug auf die Finanzierung und Entwicklung der Risikoleistungen wie auch bei der Versichertenstruktur als günstig bezeichnet werden, auch wenn es auffällig ist, dass sich das Verhältnis der Aktiv-Versicherten beim Deckungskapital und beim Versichertenbestand immer mehr in Richtung Pensionisten verschiebt. Der Bestand an Aktiv-Versicherten ist um 20 Personen oder 0.6% gewachsen (2009: +4.5%), während die Zunahme bei den Pensionsbezüglern 64 Personen oder +8.8% (2009: +6.6%) betrug. Im Vergleich mit anderen öffentlichen Pensionskassen kann das Verhältnis als gut bezeichnet werden.

Durch das Ausscheiden von Norman Hoop aus der Landesverwaltung und somit auch aus dem Stiftungsrat kam es per 1. Oktober 2010 zu einem Wechsel. Thomas Klaus wurde vom Personalverband öffentlicher Verwaltungen Liechtensteins (PVL), als neuer Vertreter in das Gremium gewählt und übernahm das Amt des Vizepräsidenten von Thomas Hasler. Gleichzeitig nahm er Einsitz in der Vermögensanlagekommission, die als Organ der PVS seit dem 17. März 2010 aus vier Stiftungsräten und der Geschäftsleitung (beratend) zusammengesetzt ist. Die Ausweitung dieses wichtigen Gremiums unter Beizug von beratenden externen Experten

ermöglichte im Rahmen von acht VAK-Sitzungen die Umsetzung von strukturellen Massnahmen wie die Erarbeitung eines umfassenden Anlagereglements im Sinne eines Handbuches mit entsprechender Schulung, die Optimierung eines zeitnahen Reportings, die Neuverhandlung aller Berater- und Bankenverträge sowie die Aufsetzung einer stärker diversifizierten Mandatsstruktur. Damit hat der Stiftungsrat und die Vermögensanlagekommission mit grossem Arbeitsaufwand weitgehendst noch im Jahre 2010 eines ihrer wichtigen Ziele umsetzen können.

Wie bereits im letzten Jahresbericht ausführlich dargelegt beschäftigte sich der Stiftungsrat in den ersten vier Monaten 2010 mit der Jahresrechnung 2009 und der damit verbundenen Veränderung in der Bilanzierung, die zu einer Verstärkung des Deckungskapitals der Aktiv-Versicherten führte. Gleichzeitig erfolgte die organisatorische Ausgliederung aus der Landesverwaltung mit dem Umzug per 1. März 2010 an die Austrasse 15 in Vaduz. Danach wurde die wohl wichtigste Aufgabe in Angriff genommen, nämlich die Erarbeitung von Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) innert zehn Jahren. Der Stiftungsrat einigte sich in der Sitzung vom 4. Mai 2010 auf einen Zeitraum von zehn Jahren, um mittels strukturellen und materiellen Massnahmen eine Volldeckung der PVS zu erreichen. In der Sitzung vom 6. Juli 2010 wurde von über 20 möglichen Massnahmen eine Auswahl getroffen, die als ausgewogener Beitrag für die Zielerreichung zu bewerten war. Am 23. September 2010 verabschiedete der Stiftungsrat das gut begründete Massnahmenpaket, welches auch von der FMA genehmigt und von der Regierung zur Kenntnis genommen wurde.

Die Umstellung auf eine retrospektive Bilanzierung, die Bildung von Rückstellungen für Risikoleistungen zwecks Entlastung des Deckungskapitals, die Verwendung überschüssiger Risikobeiträge zur Erhöhung der Finanzierung der Alterspensionen und die stufenweise Erhöhung der Beiträge können ohne gesetzliche Änderung kurzfristig umgesetzt werden. In einer auf das Jahr 2011/2012 ausgelegten erneuten Gesetzesrevision soll die vollständige Nachfinanzierung von Lohnerhöhungen durch die Dienstgeber und der Verzicht der Pensionsbezüger auf Teuerungsausgleich in Zeiten der Unterdeckung erreicht werden. Im Weiteren findet eine Überprüfung der Leistungen im Sinne einer Leistungsoptimierung, nicht aber im Sinne eines Leistungsabbaues statt. Zudem soll ein Gewährleistungs-Interventionsmodell gesetzlich verankert werden, wonach die Dienstgeber unter gewissen Bedingungen Kapital einbringen müssen, wenn im Jahre 2015, 2017 und 2020 der mit dem Massnahmenpaket verbundene Deckungsgrad nicht erreicht werden sollte, dies speziell, wenn die Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) nicht im prognostizierten Umfang wirksam werden. Der Stiftungsrat ist sich bewusst, dass es sich um eine grosse Herausforderung handelt, mittels einem solch umfassenden, aber breit abgestützten langjährigen Massnahmen-Programm das Ziel der Volldeckung zu erreichen und ist auf ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen den versicherten Personengruppen, der Regierung und dem Landtag wie vor allem auch den am stärksten betroffenen Dienstgeber angewiesen.

Der Stiftungsrat dankt der Regierung, der FMA und den angeschlossenen Institutionen, allen Versicherten und den Pensionistinnen und Pensionisten für ihr Vertrauen in die Arbeit des Stiftungsrates. Ein spezieller Dank geht an die Geschäftsleitung mit Ralph Büchel und Jeanine Schädler und den Mitarbeiterinnen, die mit grossem Einsatz tagtäglich im Interesse der Versicherten und den Pensionistinnen und Pensionisten die komplexen Aufgaben erfüllen und so zum Gelingen eines guten Geschäftsjahres beigetragen haben.

Vaduz, 4. Mai 2011

Präsidentin des Stiftungsrates
Ingrid Hassler-Gerner

Vizepräsident des Stiftungsrates
Thomas Klaus

Bericht der Geschäftsleitung

6 |

Geschätzte Versicherte, Pensionistinnen und Pensionisten

Gemäss Art. 14a Abs. 1 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] hat die Pensionsversicherung die Mitglieder jährlich über die Tätigkeit im vergangenen Jahr, über die Jahresrechnung und die Vermögensanlage zu informieren. Mit dem vorliegenden Jahresbericht kommt die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal diesem Auftrag nach.

Rechnungsergebnis/Deckungsgrad

Die Jahresrechnung 2010 schliesst mit Zuflüssen aus Beiträgen und Eintrittsleistungen in Höhe von CHF 58'458'948.61 und Abflüssen für Leistungen und Vorbezüge in Höhe von CHF -29'831'845.01 sowie Auflösung/Bildung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen sowie Versicherungsaufwand von CHF -46'928'595.53 mit einem Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil von CHF -18'301'491.93 ab. Das Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen von CHF 16'548'927.98, das im Vergleich als marktgerechtes Resultat zu bewerten ist, hat der Pensionsversicherung jedoch nicht die erwartete Anlagerendite gebracht, welche zur Finanzierung der Kassa notwendig gewesen wäre. Es resultiert somit ein Aufwandsüberschuss von CHF -3'153'007.64. Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen erhöhen sich auf CHF 793'314'152.88. Das Minus beim Stiftungskapital erhöht sich auf CHF -176'776'350.32 (Vorjahr CHF -173'623'342.68).

Die Bilanz weist per 31. Dezember 2010 einen Deckungsgrad von 77.7% (Vorjahr 76.7%) aus, welcher aufgrund des besseren Verhältnisses Aktiven (verfügbare Mittel) zu Passiven (technische Verpflichtungen) gestiegen ist.

Weitere Ausführungen sind im Kapitel «Wichtiges in Kürze» sowie im Anhang zur Jahresrechnung erläutert.

Für die Beurteilung der versicherungstechnischen Lage im Berichtsjahr sind folgende Hinweise wichtig:

- Kurz- bis mittelfristig ist von weiterhin günstigen statistischen Rahmenbedingungen auszugehen;
- erneut sehr guter Risikoverlauf (Tod und Invalidität);
- unterdurchschnittliche Kosten bei der Bildung des Vorsorgekapitals, weil ein Bestandeswachstum und eine günstige Bestandesstruktur vorhanden war.

Besonders hervorzuheben sind zugunsten der Pensionsversicherung folgende Kennziffern und Fakten:

- gutes Rentnerverhältnis (Anzahl Aktiv-Versicherte im Verhältnis zur Anzahl Pensionsbezüger);
- gutes Vorsorgekapitalverhältnis (Vorsorgekapital der Aktiv-Versicherten im Verhältnis zum Vorsorgekapital der Pensionsbezüger);
- Bestandesgrösse der Pensionsversicherung;
- gute Fortbestandsaussichten;
- Leistungsbezug fast ausschliesslich in Pensionsform;
- gute Netto-Cash-Flow-Aussichten.

Anpassung der operativen Struktur infolge Loslösung aus der Landesverwaltung

Der Stiftungsrat und die Regierung haben sich im Jahr 2009 für eine verbesserte Gewaltentrennung und somit für eine Loslösung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal aus der Landesverwaltung entschieden. Im Frühjahr 2010 wurde die örtliche sowie rechtliche und ablauforganisatorische Loslösung der öffentlich-rechtlichen Stiftung «Pensionsversicherung für das Staatspersonal», welche im Amt für Personal und Organisation insbesondere in der Abteilung Besoldungsadministration/Versicherungen integriert war, umgesetzt.

Internes Kontrollsystem

Im Berichtsjahr wurde das interne Kontrollsystem in wesentlichen Bereichen aufgrund der Verselbständigung mittels bottom up Ansatz neu definiert. Arbeitsabläufe und Arbeitsanweisungen sowie Checklisten, welche alle Haupttätigkeiten in der Versichertenadministration beinhalten, sowie die bisherigen Kontrollmechanismen ergeben ein angemessenes System interner Kontrollen. Dieses dokumentierte und abgestimmte System interner Kontrollen stellt sicher, dass alle gleichartigen Geschäftsfälle auf der Prozessebene auch identisch abgewickelt werden. Das interne Kontrollsystem unterstützt die Erreichung verschiedener Ziele der Pensionsversicherung, namentlich die Sicherstellung der Ordnungsmässigkeit von Jahresrechnung und Geschäftsführung. Der Stiftungsrat befasst sich 2011 mit der weiteren Entwicklung des internen Kontrollsystems.

Umstellung neuer Software

Im Berichtsjahr 2010 wurde die im Jahr 2008 eingeführte Visual-PK-Software der Firma BERAG, Basel schrittweise durch ein neues Programm der gleichen Firma ersetzt. Die IT-Applikation basiert auf einer zukunfts-sicheren Entwicklungsebene und wird den neuesten Bedürfnissen gerecht. Aktuell werden die letzten Module ins Produktivsystem implementiert.

Überarbeitung des Vorsorgereglements und des Vorsorgeplans 1

Wie aus dem Vorjahresbericht zu entnehmen ist, wurden im Jahr 2009 aufgrund der veränderten Gesetzgebung diverse Reglemente erlassen, welche bei deren Umsetzung auf der operativen Ebene zu einem Anpassungsbedarf geführt haben. Folglich wurde das Vorsorgereglement und der Vorsorgeplan1 erneuert und strukturell überarbeitet. Es ist das Ziel diese im Jahr 2011 in Kraft treten zu lassen.

Mutationsstatistik

Im Jahre 2010 wurden bei 3'358 Aktiv-Versicherten 4'416 Mutationen durchgeführt. Diese Mutationen beinhalten 416 Neuaufnahmen, 391 Austritte, 2'651 Lohnmutationen und 958 Pensummutationen. Nicht enthalten in der Mutationsstatistik sind die Mutationen der Pensionsbezüger, bei den Freizügigkeitssperrenkonten sowie des Magistratenfonds.

Herzlichen Dank

Wir möchten an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen. Ein Dank gilt auch an alle angeschlossenen Betriebe für die allzeit angenehme Zusammenarbeit.

Vaduz, 4. Mai 2011



Geschäftsleiter
Ralph Büchel



Stv. Geschäftsleiterin
Jeanine Schädler

Wichtiges in Kürze

8 | In diesem Kapitel sind die wichtigsten Daten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammengefasst. Die Detailinformationen sind im Anhang der Jahresrechnung aufgeführt.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung ist im Berichtsjahr sowohl bei den Aktiven (Vermögenswerte) als auch bei den Passiven (Verpflichtungen) durch die günstigen Rahmenbedingungen geprägt worden. Die Unterdeckung konnte im Berichtsjahr durch mit einer durchschnittlichen Rendite auf dem Vermögen von 2.77 % nicht wesentlich verbessert werden. Die im Rahmen des Berichts «Massnahmen zum Erreichen der Volldeckung (100 %)» beschlossenen Massnahmen werden sich erstmals auf die Jahresrechnung 2011 auswirken.

Bestand und Veränderung Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger

Aktiv-Versicherte

	2010		2009	
Männer	1'740	-0.6 %	1'750	+4.4 %
Frauen	1'618	+1.9 %	1'588	+4.7 %
Total	3'358	+0.6 %	3'338	+4.5 %

Der Bestand hat um 20 Versicherte bzw. um 0.6 % zugenommen. Der Anteil der Frauen hat im Berichtsjahr wie im Jahr 2009 wieder stärker zugenommen.

Pensionsbezüger

Pensionsart	2010		2009	
Alterspension	542	+9.3 %	496	+6.4 %
Hinterlassenenpension	146	+8.1 %	135	+8.0 %
Invalidentpension	103	+7.3 %	96	+5.5 %
Total	791	+8.8 %	727	+6.6 %

Tabelle inkl. Kinderpensionen

Der Bestand der Pensionsbezüger hat im Berichtsjahr netto um 64 Pensionisten oder um 8.8 % und somit stärker als im Vorjahr zugenommen. Diese Nettozunahme ergibt sich aus 93 Zugängen und 29 Abgängen.

Im Teilbestand der Alterspensionisten ergab sich analog den Vorjahren anzahlmässig die grösste Bestandeszunahme. Obwohl der Pensionistenbestand anzahlmässig gewachsen ist und die Gesamtpensionssumme zugenommen hat, ist die durchschnittliche Pension tiefer als vor einem Jahr. Der Risikoverlauf kann insgesamt unverändert als gut bezeichnet werden und liegt nach wie vor deutlich unter den statistischen/technischen Erwartungen.

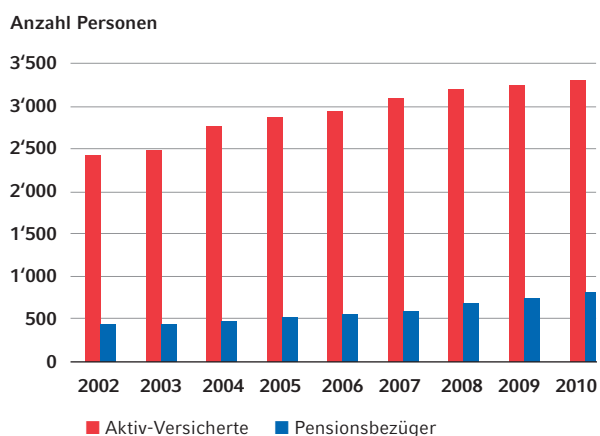
Verhältnis Anzahl Aktiv-Versicherte zu Pensionsbezüger

	2010	2009
Aktiv-Versicherte	3'358	3'338
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	791	727
Verhältnis	4.25	4.59

Die demografische Struktur der Pensionsversicherung wird bestimmt durch das Verhältnis der Aktiv-Versicherten zu den Pensionsbezügern. Im Berichtsjahr entfielen auf 3'358 Aktiv-Versicherte 791 Pensionsbezüger. Dies ergibt ein Verhältnis von 4.25 Aktiv-Versicherte auf einen Pensionsbezüger. Das Verhältnis hat sich somit weiter zurückgebildet.

Ein Vergleich mit einigen bekannten Pensionskassen zeigt, dass die Pensionsversicherung für das Staatspersonal nach wie vor eine günstige demografische Struktur aufweist.

Entwicklung Anzahl Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger



Verhältnis der Vorsorgekapitalien Aktiv-Versicherte zu Pensionsbezüger

(in CHF)	2010	2009
Aktiv-Versicherte	480'268'000	457'751'000
Pensionsbezüger (inklusive Waisen / Kinder)	242'866'000	228'004'000
Verhältnis	1.98	2.01

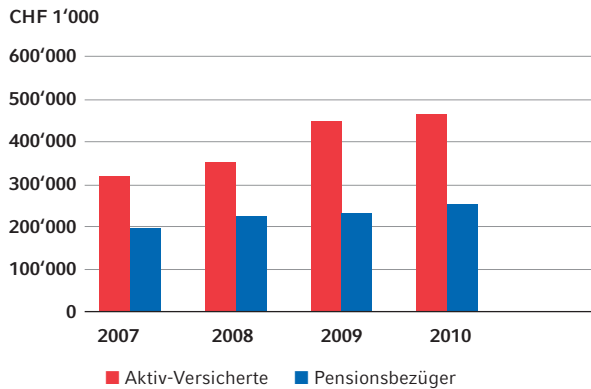
Neben der Anzahl Personen ist aber auch das Verhältnis der Vorsorgekapitalien der Aktiv-Versicherten zu jenen der Pensionsbezüger von Bedeutung. Im Berichtsjahr belaufen sich die Vorsorgekapitalien der Aktiv-Versicherten auf CHF 480'268'000, jene der Pensionsbezüger auf CHF 242'866'000. Das Verhältnis beträgt 1.98 und dies bei einer niedrigen durchschnittlichen Versicherungsdauer von nur 13.4 Jahren bei den Aktiv-Versicherten.

Ein Vergleich mit einigen bekannten Pensionskassen zeigt, dass die Pensionsversicherung für das Staatspersonal auch bei der Aufteilung der Vorsorgekapitalien auf Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger über deutlich vorteilhaftere Rahmenbedingungen als die schweizerischen Vergleichskassen verfügt.

Wichtiges in Kürze

10 |

Entwicklung Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger



Deckungsgrad Entwicklung

	2010	2009
	77.7 %	76.7 %*

* Bilanzierungsmethodenwechsel

Das Weglassen der Aktivierung der Bilanzpositionen für die Teuerungsanpassung kostete per 31. Dezember 2009 ca. 1.8 Deckungsgrad-Prozentpunkte und der Übergang von der dynamischen zur klassischen Finanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung ca. 5.0 Deckungsgrad-Prozentpunkte.

Die Berechnung des Deckungsgrades erfolgt nach Art. 22 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] nach Deckungsgrad 1, prospektiv, in geschlossener Kasse. Im Berichtsjahr wurde die im Jahr 2009 eingeführte klassische Bilanzierung, die bei praktisch allen privatrechtlich organisierten Vorsorgeeinrichtungen mit Leistungsprimat verwendet wird und ein systematisch höheres Deckungskapital erfordert, erneut angewendet.

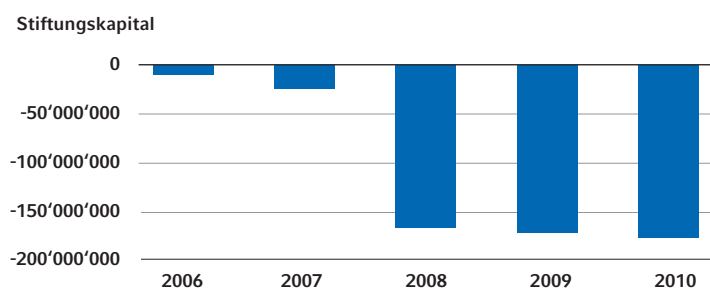
Diese Zunahme ist insofern erfreulich, als sie aufgrund des technischen Zinsverlustes nicht erwartet wurde. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung sind Finanzierungsgewinne aus dem Teilbestand der Aktiv-Versicherten, der einmal mehr sehr gute Risikoverlauf (Tod und Invalidität) sowie unterdurchschnittliche Kosten bei der Bildung des Vorsorgekapitals, weil kaum Bestandeswachstum und eine günstige Bestandesstruktur vorhanden war und überdurchschnittlich viele Neupensionierungen stattgefunden haben.

Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 2006 (Swiss GAAP FER 26)

Jahr	Deckungsgrad Prospektive Betrachtung geschlossene Kasse (Swiss GAAP FER 26)	Bilanz	
		Ertrags-/ Aufwandsüberschuss	Stiftungskapital, Unterdeckung
2006	98.7 %	-2'792'448.61	-11'735'836.57
2007	95.5 %	-18'455'429.70	-25'408'367.92
2008	74.3 %	-138'391'612.31	-163'799'980.23
2009*	76.7 %	-9'823'362.45	-173'623'342.68
2010	77.7 %	-3'153'007.64	-176'776'350.32

* Bilanzierungsmethodenwechsel

Entwicklung «Stiftungskapitals, Unterdeckung» 2006 bis 2010 (Swiss GAAP FER 26)



Bericht der Revisionsstelle

12 | Bericht der Revisionsstelle an den Stiftungsrat der
Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Als Revisionsstelle gemäss Artikel 14g des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang umfassend Kapitel 1 bis 10), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das am 31. Dezember 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Erstellung der Jahresrechnung, die Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten ist die Geschäftsleitung verantwortlich, wobei der Stiftungsrat die Jahresrechnung zu genehmigen hat und für die Überwachung verantwortlich ist. Unsere Tätigkeit besteht hingegen darin, die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Anerkennung erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten dem Gesetz, der Verordnung und den Reglementen. Die Jahresrechnung entspricht Swiss GAAP FER 26.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft



Daniel Steiner
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer



Karin Hüttig
eidg. dipl. Wirtschaftsprüferin

St. Gallen, 4. Mai 2011

Bilanz

Aktiven

(in CHF)	Index Anhang	31.12.2010	31.12.2009
Vermögensanlagen	6.3	618'287'613.70	574'332'669.90
Operative Aktiven			
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	7.1.1	9'614'526.20	28'181'984.50
Forderungen	7.1.2	16'055'070.41	12'445'857.07
Anlagen beim Dienstgeber	6.7	3'732'435.66	14'436'363.60
Finanzanlagen			
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel und Cash in Wertschriftendepots)		37'012'130.95	9'430'993.08
Geldmarktanlagen		0.00	258'438.72
Obligationen		279'127'834.22	251'523'657.08
Wandelanleihen		0.00	18'722'513.60
Aktien		196'738'146.24	147'891'063.41
Alternative Anlagen		34'747'470.02	45'587'962.20
Immobilien	7.1.3	41'260'000.00	45'853'836.64
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.1.4	230'280.05	287'051.80
Total Aktiven		618'517'893.75	574'619'721.70
Passiven			
Verbindlichkeiten	7.1.5	1'544'094.69	1'184'315.61
Freizügigkeitsleistungen und Pensionen		960'467.92	667'126.70
Andere Verbindlichkeiten		583'626.77	517'188.91
Passive Rechnungsabgrenzung	7.1.6	435'996.50	525'210.42
Nicht-technische Rückstellungen		0.00	0.00
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		793'314'152.88	746'533'538.35
Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte	5.2	480'268'000.00	457'751'000.00
Magistratenfonds	5.3	535'529.04	399'873.34
Freizügigkeitssperrkonten	5.4	27'331'116.24	24'260'500.01
Vorsorgekapital Pensionsbezüger	5.5	242'866'000.00	228'004'000.00
Technische Rückstellungen und Teuerungsfonds	5.6	42'313'507.60	36'118'165.00
Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Stiftungskapital, Unterdeckung		-176'776'350.32	-173'623'342.68
Stand zu Beginn der Periode		-173'623'342.68	-163'799'980.23
Ertrags- / Aufwandsüberschuss		-3'153'007.64	-9'823'362.45
Total Passiven		618'517'893.75	574'619'721.70

Betriebsrechnung

14 |

(in CHF)	Index Anhang	2010	2009
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	7.2.1	49'653'155.30	58'946'520.14
Beiträge Dienstnehmer		21'634'814.19	21'247'168.40
Beiträge Dienstgeber		26'424'439.25	25'935'759.84
Einmaleinlagen und Einkaufsummen		1'593'901.86	11'521'621.73
Einlagen aus Übernahme Versicherte		0.00	241'970.17
Eintrittsleistungen	7.2.2	8'805'793.31	12'856'607.90
Freizügigkeitseinlagen		8'621'860.86	12'247'034.58
Einzahlung Vorbezug Scheidung		183'932.45	609'573.32
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		58'458'948.61	71'803'128.04
Reglementarische Leistungen	7.2.3	-19'942'170.70	-18'637'532.45
Alterspension		-13'566'626.20	-12'643'200.00
Hinterlassenenpension		-3'083'734.15	-2'927'659.95
Invalidenpension		-3'117'637.25	-2'998'823.45
Kapitalleistungen bei Pensionierung		-79'082.10	-15'866.00
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität		-95'091.00	-51'983.05
Austrittsleistungen	7.2.4	-9'889'674.31	-7'129'752.46
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt		-8'653'966.93	-6'396'274.01
Vorbezüge Scheidung		-1'235'707.38	-733'478.45
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-29'831'845.01	-25'767'284.91
Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen		-46'780'614.53	-108'218'580.14
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte	5.2	-22'517'000.00	-106'998'000.00
Auflösung/Bildung Magistratenfonds	5.3	-129'657.60	311'391.07
Verzinsung Magistratenfonds	5.3	-5'998.10	-12'479.50
Auflösung/Bildung Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-2'699'516.48	-197'160.46
Verzinsung der Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-371'099.75	-352'219.90
Auflösung/Bildung Vorsorgekapital Pensionsbezüger	5.5	-14'862'000.00	-5'171'000.00
Auflösung/Bildung technische Rückstellungen und Teuerungsfonds für Pensionsbezüger	5.6	-6'195'342.60	4'200'888.65
Versicherungsaufwand		-147'981.00	-140'715.00
Beiträge an Sicherheitsfonds		-147'981.00	-140'715.00
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil		-18'301'491.93	-62'323'452.01

(in CHF)	Index Anhang	2010	2009
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	6.6	16'548'927.98	53'931'081.93
Ergebnis Cash		82'739.86	83'830.87
Zinsaufwand		-6'100.80	-2'993.90
Ergebnis Forderungen		12'217.30	12'782.80
Ergebnis Anlagen beim Dienstgeber		11'377.10	0.00
Ergebnis Cash in Wertschriftendepots		-1'070'098.74	-788'696.09
Ergebnis Geldmarktanlagen		12'062'902.98	352'781.19
Ergebnis Obligationen		-337'889.60	15'781'343.89
Ergebnis Wandelanleihen		292'894.65	2'882'779.87
Ergebnis Aktien		3'600'479.49	32'255'014.07
Ergebnis Alternative Anlagen		3'767'418.99	2'868'953.93
Ergebnis Immobilien	7.2.5	21'431.05	2'494'073.79
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen		-1'888'444.30	-2'008'788.49
Sonstiger Ertrag	7.2.6	39.59	0.62
Sonstiger Aufwand	7.2.7	-99'267.49	-57'627.47
Verwaltungsaufwand	7.2.8	-1'301'215.79	-1'373'365.52
<i>Ertrags- / Aufwandsüberschuss vor Bildung WS-Reserve</i>		<i>-3'153'007.64</i>	<i>-9'823'362.45</i>
Bildung Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
<i>Ertrags- / Aufwandsüberschuss</i>		<i>-3'153'007.64</i>	<i>-9'823'362.45</i>

Anhang

16 | 1 Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Vaduz.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat den Zweck, die Versicherten gegen die wirtschaftlichen Folgen des Alters, der Invalidität und des Todes zu schützen. Sie erfüllt beim Staatspersonal denselben Zweck wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge bei den übrigen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmern. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sieht in jedem Leistungsfall mindestens gleich hohe Leistungen vor wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge.

1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist Trägerin der betrieblichen Vorsorge im Sinne von Art. 13 des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Sie ist dem Sicherheitsfonds seit dem 1. Januar 2007 angeschlossen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Organisation und Tätigkeit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal basieren auf folgenden Gesetzen, Verordnungen, Reglementen und Richtlinien:

- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] (LGBl. 1989 Nr. 7) in der aktuellen Fassung
- Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] (LGBl. 2009 Nr. 224) in der aktuellen Fassung
- Vorsorgereglement gültig ab 1. Januar 2009 mit Nachtrag 25. November 2009
- Vorsorgeplan 1 (Leistungsprimat) gültig ab 1. Januar 2009 mit Nachtrag 24. September 2009
- Organisationsreglement gültig ab 24. September 2009
- Wahlreglement gültig ab 24. September 2009
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung gültig ab 1. Januar 2008
- Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven gültig ab 24. September 2009
- Teilliquidationsreglement gültig ab 24. September 2009
- Anschlussvereinbarungen

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Der Stiftungsrat besteht aus je vier Vertretern der Dienstgeber und der Dienstnehmer.

Die Amtsdauer beträgt zwischen ein und vier Jahren.

			Vertreter von	Amtsdauer bis
Präsidentin		Ingrid Hassler-Gerner, Eschen	Dienstgeber	31.12.2013
Vizepräsident	bis 30.9.2010	Thomas Hasler, Vaduz	Dienstnehmer	
Vizepräsident	ab 1.10.2010	Thomas Klaus, Schaan	Dienstnehmer	31.12.2014
Mitglieder		Peter Mella, Triesenberg	Dienstgeber	31.01.2011
		Armin Braun-Kalberer, Oberstammheim	Dienstgeber	31.12.2011
		Jürg Brechbühl, Bern	Dienstgeber	31.12.2012
		Stefan Schmidle, Balzers	Dienstnehmer	31.12.2013
		Harry Hasler-Maier, Eschen	Dienstnehmer	31.12.2011
		Norman Hoop, Gamprin-Bendern	Dienstnehmer	
	bis 30.9.2010			
	ab 1.10.2010	Thomas Hasler, Vaduz	Dienstnehmer	31.12.2012
Zeichnungsberechtigung		Kollektivunterschrift zu zweien		

Thomas Klaus ist per 1. Oktober 2010 in den Stiftungsrat gewählt worden und hat gleichzeitig die Funktion als Vizepräsident übernommen. Peter Mella hat seine Amtsdauer um einen Monat verlängert und schied nicht wie vorgesehen am 31. Dezember 2010 aus.

1.5 Aufsichtsbehörde, Experten, Revisionsstelle, Kommissionen, Geschäftsleitung und Berater

Aufsichtsbehörde		Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)
PV-Experte		Beratungsgesellschaft für die Zweite Säule AG, Basel dipl. PV-Experte, dipl. math. ETH Ernst Sutter
Rechtsberatung		Ritter & Ritter Advokatur AG, Vaduz Dr. Michael Ritter
Investment Controller		Complementa Investment-Controlling AG, St. Gallen und Vaduz Urs Rempfler und Oliver Waldherr
Investment Advisor		PPCmetrics AG, Zürich Dr. Andreas Reichlin
Vermögensanlagekommission (VAK)		Ingrid Hassler-Gerner, Vorsitzende
	ab 17.03.2010	Armin Braun-Kalberer
	bis 16.03.2010	Dr. Thomas Vock
	ab 17.03.2010	Harry Hasler-Maier
	bis 26.10.2010	Thomas Hasler
	ab 27.10.2010	Thomas Klaus
	Beratend	Ralph Büchel
	Experten	Dr. Andreas Reichlin und Urs Rempfler
Revisionsstelle		Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft, St. Gallen
Geschäftsleitung		Geschäftsleiter: Ralph Büchel, Ruggell Stv. Geschäftsleiterin: Jeanine Schädler, Balzers
Zeichnungsberechtigung		Kollektivunterschrift zu zweien

1.6 Angeschlossene Dienstgeber

Per Ende 2010 bestehen für folgende Betriebe schriftliche Anschlussvereinbarungen:

- Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins
- Agentur für Internat. Bildungsangelegenheiten (neu)*
- AHV/IV/FAK-Anstalten
- Bewährungshilfe Liechtenstein
- Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention
- Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA)
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein
- Fürst von Liechtenstein-Stiftung
- Gemeinde Eschen
- Gemeinde Gamprin
- Gemeinde Mauren
- Gemeinde Planken
- Gemeinde Ruggell
- Gemeinde Schaan
- Gemeinde Schellenberg
- Gemeinde Triesen
- Gemeinde Vaduz
- Historischer Verein
- Ivo Matt AG / Postautodienst
- Kirchliche Stiftung Mater Fortior (Bistum)
- Kulturstiftung Liechtenstein (neu)*
- Kunstmuseum Liechtenstein (neu)*
- Liechtenstein Bus Anstalt (neu)*
- Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Liechtensteinische Gasversorgung
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Liechtensteinische Landesbibliothek (neu)*
- Liechtensteinisches LandesMuseum (neu)*
- Liechtensteinisches Landesspital
- Liechtensteinische Musikschule (neu)*
- Liechtensteinische Post AG
- Liechtenstein Tourismus
- Pensionsversicherung für das Staatspersonal (neu) *
- PostAuto Schweiz Regionalzentrum Liechtenstein
- Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein (neu)*
- Special Olympics Liechtenstein (neu)
- Telecom Liechtenstein AG
- Universität Liechtenstein (neu)*
- Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland

Im Berichtsjahr 2010 haben sich bei der Liste der angeschlossenen Dienstgeber folgende Veränderungen ergeben:

Neuanschluss: Special Olympics Liechtenstein

Umbenennung: Fürstliche Domänenverwaltung umbenannt in Fürst von Liechtenstein-Stiftung

Gelöscht: Voluptuar gelöscht, da seit 2009 keine Versicherte mehr

* In den Vorjahren integriert in Landesverwaltung (Staatspersonal). Ab 2010 eigenständiger Anschluss.

2 Aktiv-Versicherte und Pensionsbezüger

2.1 Aktiv-Versicherte

	2010	2009
Männer	1'740	1'750
Frauen	1'618	1'588
Total	3'358	3'338

2.2 Mitglieder Magistratenfonds

	2010	2009
Total	5	5

2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten

	2010	2009
Männer	256	229
Frauen	472	453
Total	728	682

2.4 Pensionsbezüger

Pensionsart	2010	2009
Alterspensionen		
Männer	335	315
Frauen	193	169
Kinder	14	12
Hinterlassenenpensionen		
Männer	10	9
Frauen	115	110
Kinder	21	16
Invalidentpensionen		
Männer	38	38
Frauen	42	39
Kinder	23	19
Total	791	727

20 | 3 Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans (Leistungsprimat und Beitragsprimat)

Für das Staatspersonal gilt das Leistungsprimat.

Für angeschlossene Betriebe, die in wesentlichen Geschäftsbereichen privatwirtschaftlich ausgerichtet sind, sowie für Gemeinden können auf dem Beitragsprimat basierende Vorsorgepläne vorgesehen werden. Für die übrigen angeschlossenen Betriebe gilt das Leistungsprimat.

Leistungsprimat

Der Vorsorgeplan «Leistungsprimat» ist im Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] sowie in der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV], im Vorsorge-reglement und im Vorsorgeplan 1 im Detail beschrieben.

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

Rücktrittsalter:

- Männer: 64
- Frauen: 64

Anrechenbarer Jahreslohn:

Als anrechenbarer Jahreslohn wird der mutmassliche AHV-Jahreslohn berücksichtigt. Er entspricht in der Regel dem 13-fachen Monatsgehalt (Jahresbesoldung einschliesslich Gratifikation).

Beitragspflichtiger Jahreslohn:

Anrechenbarer Jahreslohn abzüglich Koordination.

Koordinationsabzug:

Der Koordinationsabzug entspricht einem Dreizehntel der Jahresbesoldung einschliesslich der Gratifikation, höchstens jedoch dem sechsfachen Betrag der im jeweiligen Kalenderjahr geltenden Höhe der minimalen monatlichen Altersrente gemäss dem Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (im Berichtsjahr CHF 6'840). Bei Teilzeitbeschäftigten ist der Maximalbetrag dem Beschäftigungsgrad entsprechend herabzusetzen. Für Stundenlöhner gilt der Höchstansatz.

Beitragspflichtiger bzw. versicherter Jahreslohn:

Der beitragspflichtige und der versicherte Jahreslohn können unterschiedlich sein. Dies ist dann der Fall, wenn infolge überschüssigem oder fehlendem Deckungskapital eine Erhöhung bzw. eine Kürzung des versicherten Jahreslohnes vorgenommen werden muss.

Höhe der Alterspension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

Höhe der Invalidenpension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Invalidenpension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Invalidenpension bei 40 Versicherungsjahren
- im Minimum 27 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 75 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Ehe-/Lebenspartnerpension:

- 2/3 der anwartschaftlichen oder laufenden Alters- oder Invalidenpension
- im Minimum 16 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 45 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Kinder- und Waisenpension pro Kind und Jahr:

- Kinderpension zur Alterspension:
 - 25 % der Alterspension; Höchstleistung von 75 % der Alterspension bei mehreren Kindern
- Kinderpension zur Invalidenpension:
 - 25 % bis Alter 16
 - 30 % bis Alter 19
 - 35 % bis Alter 25
 der Invalidenpension; Höchstleistung bei mehreren Kindern 75 % der Alterspension
- Waisenpension zur Alters-/Invalidenpension:
 - Die Höhe entspricht der Kinderpension zur Invalidenpension; Vollwaisen erhalten 200 % der minimalen Waisenpension von 25 %, sofern nicht die Pensionsversicherung des anderen verstorbenen Elternteils ebenfalls eine Waisenpension ausrichtet; Die Höchstleistung ist auf 75 % der Alterspension beschränkt.

Todesfallabfindungen:

Bei Tod vor dem Bezug der Alterspension bzw. bei Tod innerhalb von zehn Jahren seit dem Beginn des Alterspensionsbezugs.

Teilweiser Kapitalbezug:

Bei Beginn der Altersleistung möglich.

Freizügigkeitsleistung:

Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses ohne Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenpension.

Beitragsprimat

Per 1. Januar 2010 hat kein Betrieb einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

3.2 Finanzierung / Finanzierungsmethode

Die Finanzierung ist im Gesetz und Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] und [PVV] sowie im Vorsorgereglement und im jeweiligen Vorsorgeplan im Detail beschrieben.

Leistungsprimat

Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes 1 sind:

Einkaufssumme bei Neueintritt über Alter 24, ansonsten Leistungskürzung in der Form eines reduzierten Pensionsatzes (weniger als 50.4 %)

Beiträge der Versicherten

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (45 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 7.0 %; Maximalbeitrag 9.0 %

– Gültiger Satz im Berichtsjahr 8.0 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes

Beiträge der Dienstgeber

Im Alter zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres und 31. Dezember nach Vollendung des 23. Altersjahres:

– 1.5 % (Risikobeitrag)

Ab dem 1. Januar nach Vollendung des 23. Altersjahres (55 % vom Vollbeitrag):

– Minimalbeitrag 8.6 %; Maximalbeitrag 11.0 %

– Gültiger Satz im Berichtsjahr 9.8 % des beitragspflichtigen Jahreslohnes

Steigt die durchschnittliche Besoldung pro angeschossenem Dienstgeber gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern.

Beitragsprimat

Per 1. Januar 2010 hat kein Betrieb einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen.

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Ist bei einem Austritt vor dem 58. Altersjahr aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistungen an einen neuen Dienstgeber nicht möglich oder nicht gewünscht, erfolgt die Auszahlung auf ein Freizügigkeitssperkonto. Diese Konten werden teilweise von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal verwaltet.

Das Land errichtet beim Amtsantritt für jedes Regierungsmitglied einen Ausgleichsfonds «Magistratenfonds», in den das Land laufend 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlte. Weiteres ist unter Kapitel 5.3 beschrieben.

4.1 Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung ist in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 26 erstellt worden.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgt nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26:

- a) Nominalwertforderungen zum Marktwert
- b) Wandel- und Optionsanleihen zum Marktwert
- c) Aktien und aktienähnliche Anlagen zum Marktwert
- d) Fonds zum Rücknahmepreis der Anteilsrechte
- e) Immobilien zum Marktwert

Der Marktwert wird jährlich einer Grob-Überprüfung unterzogen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden überprüft (letztmals per 31. Dezember 2010). Die von einem unabhängigen Experten ermittelten Werte werden durch einen zweiten, von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und vom ersten Experten unabhängigen Schätzer überprüft (Second Opinion).

- f) Nichttraditionelle Anlagen zum Marktwert

Auf fremde Währungen lautende Aktiven und Passiven wurden zum Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge zum jeweiligen Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet.

4.3 Änderung von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Im Berichtsjahr sind die Grundsätze bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung im Vergleich zum Vorjahr unverändert angewandt worden.

24 | 5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die versicherungstechnische Form einer autonomen Pensionskasse. Sie trägt die versicherungstechnischen Risiken selbst. Rückversicherungen bestehen nicht.

5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktiv-Versicherte

(in CHF)	2010	2009
Stand 1. Januar	457'751'000.00	350'753'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte	22'517'000.00	106'998'000.00
Stand 31. Dezember	480'268'000.00	457'751'000.00

Die Vorsorgekapitalien für Aktiv-Versicherte werden nach der kollektiven Bilanzierungsmethode mit «klassischer» Finanzierung und Bilanzierung der zukünftigen Gehaltsentwicklung und der zukünftigen Teuerungszulagen bilanziert. Bei der Bilanzierungsmethode wird der Gesamtbeitrag von 17.8 % in seine Komponenten zerlegt. Für die Bilanzierung des Vorsorgekapitals und des negativen Deckungskapitals wird der Grundbeitrag von 14.5 % verwendet. Potentielle Beitragserhöhungen zu Sanierungszwecken werden nicht berücksichtigt. Zudem werden keine zukünftigen Beiträge zur Finanzierung von Lohnerhöhungen und Teuerungsanpassungen aktiviert, mit Ausnahme eines Jahresbeitrags von 1.6 % der beitragspflichtigen Besoldung für die in den Leistungsbarwerten bereits berücksichtigten Lohnerhöhungen per 1. Januar des Folgejahres.

(in CHF 1'000)	2010	2009
Leistungsbarwerte ¹⁾	926'499	901'689
Elimination negatives Deckungskapital (Ausnullung) ²⁾	24'058	26'072
Beitragsbarwerte		
14.5 % Grundbeitrag ³⁾	-465'881	-465'669
1.6 % Jahresbeitrag für Lohnerhöhungseinkauf ⁴⁾	-4'408	-4'341
0.8 % Technische Rückstellungen	0	0
0.4 % Verwaltungskosten	0	0
0.5 % Teuerungsanpassung	0	0
Total	480'268	457'751

¹⁾ Leistungsbarwerte: Entspricht dem Barwert der zukünftigen Leistungen ohne zukünftige Lohnerhöhungen und ohne zukünftige Teuerungszulagen.

²⁾ Negatives Deckungskapital: Damit junge Versicherte das Deckungskapital nicht zu stark entlasten, werden die negativen Deckungskapitalien auf Null gesetzt.

³⁾ Grundbeitrag: Der Beitragsbarwert von 14.5 % ist für die Finanzierung der Leistungen.

⁴⁾ Ein Jahresbeitrag von 1.6 % der beitragspflichtigen Besoldung wird aktiviert, da die Kosten für die Lohnerhöhungen per 1. Januar 2011 bereits entstanden sind. Die Kosten für Lohnerhöhungen im Berichtsjahr, soweit sie 3 % der beitragspflichtigen Lohnsumme pro angeschlossenem Dienstgeber überschritten haben, wurden den Dienstgebern in Rechnung gestellt.

5.3 Entwicklung des Magistratenfonds

(in CHF)	2010	2009
Stand 1. Januar	399'873.34	698'784.91
Einlagen	129'657.60	130'695.29
Auflösungen	0.00	-442'086.36
Verzinsung	5'998.10	12'479.50
Stand 31. Dezember	535'529.04	399'873.34

Gemäss Art. 49a Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist für jedes Regierungsmitglied beim Amtsantritt ein Ausgleichsfonds zu bilden, in den das Land laufend wenigstens 10 % der Bruttobesoldung (Jahresbesoldung ohne Gratifikation) einzahlt. Werden diese Mittel für ein Regierungsmitglied beim Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht benötigt, sind sie von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal dem Land zurückzuerstatten. Die Leistungen an ehemalige Regierungsmitglieder werden vorerst durch die vom Land geleisteten Einzahlungen in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt. Ein allfälliger Restbetrag ist von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal der Regierung in Rechnung zu stellen und aus den allgemeinen Staatsmitteln aufzubringen (gemäss Art. 49m des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]). Für das Jahr 2010 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat auf 1.50 % (Vorjahr 1.50 %) gemäss Art. 12 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] festgesetzt.

5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten

(in CHF)	2010	2009
Stand 1. Januar	24'260'500.01	23'711'119.65
Bildung	9'250'501.66	6'735'426.14
Auflösung	-6'550'985.18	-6'538'265.68
Verzinsung	371'099.75	352'219.90
Stand 31. Dezember	27'331'116.24	24'260'500.01

Gemäss Art. 12 Abs. 2 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] sind für die Höhe der Zinssätze die jeweiligen Referenzwerte der Liechtensteinischen Landesbank massgebend. Für das Jahr 2010 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat auf 1.50 % (Vorjahr 1.50 %) festgesetzt.

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Pensionsbezüger

(in CHF)	2010	2009
Stand 1. Januar	228'004'000.00	222'833'000.00
Veränderung gemäss Berechnung PV-Experte	14'862'000.00	5'171'000.00
Stand 31. Dezember	242'866'000.00	228'004'000.00

Mit den ausgewiesenen Vorsorgekapitalien sind alle Pensionen inklusive sämtlicher aufgelaufener Teuerungszulagen kapitalmässig rückgestellt.

(in CHF 1'000)	2010	2009
Vorsorgekapital für Alterspensionen	183'379	170'477
Vorsorgekapital für Hinterlassenenpensionen	30'582	28'778
Vorsorgekapital für Invalidenpensionen	26'787	26'776
Vorsorgekapital für Kinderpensionen	2'118	1'973
Total	242'866	228'004

Per 1. Januar 2011 wurde keine Anpassung der laufenden Pensionen an die Teuerung vorgenommen.
(Gemäss Beschluss des Stiftungsrats vom 24. November 2010)

5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen und des Teuerungsfonds

(in CHF)	2010	2009
Risikoschwankungsreserve	7'700'000.00	7'400'000.00
Tarifreserve (Zunahme Lebenserwartung)	31'900'000.00	27'400'000.00
Teuerungsfonds für Pensionisten	2'713'507.60	1'318'165.00
Total	42'313'507.60	36'118'165.00

Risikoschwankungsreserve

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» wird zur Deckung der kurzfristigen Schwankungen im Risikoverlauf Tod und Invalidität (Abweichungen zu den erwarteten Todes- und Invaliditätsfällen) auf der Passivseite der Bilanz eine Rückstellung gebildet. Die Höhe der Rückstellung entspricht der gemäss Tarifgrundlagen zu erwartenden Schadenssumme.

Tarifreserve

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient diese Tarifreserve der Finanzierung der Umstellungskosten bei Wechsel der biometrischen Grundlagen. Bei erstmaliger Verwendung der neuen biometrischen Grundlagen wird diese Rückstellung aufgelöst. Die Tarifreserve entspricht 0.3 % des Vorsorgekapitals der Aktiv-Versicherten sowie 0.6 % des Vorsorgekapitals der Pensionsbezüger, unter Berücksichtigung des Zeitfaktors seit der Veröffentlichung EVK 2000 und trägt damit der steigenden Lebenserwartung Rechnung.

Teuerungsfonds für Pensionisten

Gemäss «Reglement Rückstellungen und Schwankungsreserven» dient der Teuerungsfonds für Pensionisten zur Finanzierung allfälliger Teuerungszulagen auf den laufenden Pensionen. Gemäss Art. 13 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] wird der Fonds aus dem Dienstnehmerbeitrag von 0.5 % des beitragspflichtigen Lohnes von Aktiv-Versicherten gebildet, deren Anschluss im Vorsorgeplan diese Zahlung vorsieht. Gemäss Art. 12 Abs. 3 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] wird der Teuerungsfonds für Pensionisten zum technischen Zinssatz von 4 % verzinst.

(in CHF)	2010	2009
Stand 1. Januar	1'318'165.00	0.00
Bildung	1'342'616.00	1'318'165.00
Verzinsung	52'726.60	0.00
Stand 31. Dezember	2'713'507.60	1'318'165.00

Die Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen werden teilweise nach dem Rentenwertumlage- und teilweise nach dem Ausgabenumlageverfahren finanziert. Die Limitierung des Leistungspotentials und damit der Ausgabenumlagekomponente richtet sich dabei nach Artikel 13 der Verordnung vom 18. August 2009 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV]. Es wird jährlich geprüft und neu vom Stiftungsrat entschieden, ob und in welchem Rahmen eine Teuerungsanpassung gewährt wird.

5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens

Das versicherungstechnische Gutachten per 31. Dezember 2010 wurde vom PV-Experten der Beratungsgesellschaft für die zweite Säule AG, Basel, erstellt. Die Grundlage des Gutachtens bildet neben den geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen, der Aktiv-Versichertenbestand per 31. Dezember 2010 einschliesslich der für diesen Bestand geltenden versicherten Besoldungen ab 1. Januar 2011 sowie der Bestand an Pensionsbezügern am 1. Januar 2011 einschliesslich aller bis zu diesem Stichtag gewährten Teuerungszulagen auf die laufenden Pensionen.

Auszug aus dem versicherungstechnischen Gutachten:

Management Summary

Nachdem die Pensionsversicherung im Nachgang zum Börsenrisenjahr 2008 im Jahre 2009 wiederum erfreuliche Vermögenserträge erzielen und damit ihre Deckungssituation verbessern konnte – der Deckungsgrad ist jedoch als Folge einer strengeren Bilanzierung nur geringfügig gestiegen –, sind die Vermögenserträge im Berichtsjahr wieder hinter den Erwartungen und dem technischen Bedarf zurückgeblieben. Erfreulicherweise haben technische Gewinne im Bestand der Aktiv-Versicherten dazu geführt, dass die technischen Zinsverluste grösstenteils kompensiert werden konnten. Die Deckungslücke in CHF hat darum nur leicht zugenommen, der Deckungsgrad hingegen hat um 1 %-Punkt von 76.7 % auf 77.7 % erhöht werden können.

Aktiv-Versicherte

Der aktive Versichertenbestand hat netto schwächer zugenommen als im Vorjahr. Es wurden auch bedeutend weniger Freizügigkeitseinlagen und Einkaufssummen eingebracht. Im Gegenzug ist die Summe der ausbezahlten Freizügigkeitsleistungen und die Summe der ausbezahlten Pensionen etwas höher ausgefallen. Eine Folge des abgeschwächten Wachstum ist die Zunahme des Durchschnittsalters und die Zunahme der durchschnittlich abgelaufenen Versicherungsdauer. Noch stellt jedoch das erreichte Durchschnittsalter von 43.3 Jahren keinen kritischen Wert dar. Gering war das Wachstum auch bei der Summe und bei der durchschnittlichen beitragspflichtigen Besoldung. Es kann sodann sowohl bezüglich der Versichertenanzahl als auch bezüglich der beitragspflichtigen Besoldungen eine prozentuale Zunahme des Frauenanteils festgestellt werden. Interessant ist das nicht neue, bis anhin aber nicht angesprochene Phänomen der besonderen Verteilung der durchschnittlichen beitragspflichtigen Besoldungen bei den Frauen. Während bei den Männern dieser Durchschnittswert nahezu bis zum Rücktrittsalter zunimmt, bleibt er bei den Frauen ab ca. Alter 30 mehr oder weniger konstant. Diese besondere Verteilung dürfte bei den Frauen einerseits mit den vielen Teilpensen und andererseits mit dem Wiedereinstiegseffekt zusammenhängen. Zu erwähnen ist ausserdem, dass die durchschnittlichen Pensionssätze bei den Männern und bei den Frauen unverändert geblieben sind. Aufgrund all dieser Feststellungen ist kurz- bis mittelfristig von weiterhin günstigen statistischen Rahmenbedingungen für eine positive finanzielle Entwicklung der Pensionsversicherung auszugehen.

Durchschnittsalter per 31.12.

	Zu-/Abnahme 2009 – 2010			2009
	2010	Betrag	Prozent	
Männer	44.1	0.5	+1.1 %	43.6
Frauen	42.4	0.5	+1.2 %	41.9
Total	43.3	0.5	+1.2 %	42.8

Durchschnittliches Eintrittsalter per 31.12.

	Zu-/Abnahme 2009 – 2010			2009
	2010	Betrag	Prozent	
Männer	29.3	0.1	+0.3 %	29.2
Frauen	30.6	0.1	+0.3 %	30.5
Total	29.9	0.1	+0.3 %	29.8

Summe der beitragspflichtigen Besoldung per 31.12.

	Zu-/Abnahme 2009 – 2010			2009*
	2010*	Betrag*	Prozent	
Männer	172'508	1'170	+0.7 %	171'338
Frauen	102'995	3'019	+3.0 %	99'976
Total	275'503	4'189	+1.5 %	271'314

* (in CHF 1'000)

Durchschnitt der beitragspflichtigen Besoldung per 31.12.

	Zu-/Abnahme 2009 – 2010			2009
	2010	Betrag	Prozent	
Männer	99'143	1'235	+1.3 %	97'908
Frauen	63'656	699	+1.1 %	62'957
Total	82'044	763	+0.9 %	81'281

Pensionsbezüger

Der Bestand an Pensionsbezügern hat im Berichtsjahr wieder deutlich stärker zugenommen als im Vorjahr. Besonders ausgeprägt war die Zunahme bei den Alters- und bei den Kinder- und Waisenpensionen. Die Altersstruktur und die Altersverteilung haben sich kaum verändert. Im Vergleich zu den Neupensionierungen gab es im Berichtsjahr weniger Todesfälle von Pensionsbezügern. Interessant dürfte auch die Tatsache sein, dass die durchschnittlich ausbezahlte Pension, wie bereits im Vorjahr, abgenommen hat. Neupensionisten haben durchschnittlich tiefere Pensionen als der bestehende Pensionistenbestand; dies trifft insbesondere auch für die Alterspensionen zu.

Risikoverlauf bei den Aktiv-Versicherten

Eine detaillierte Analyse der letzten sechs Jahre zeigt, dass der Risikoverlauf – Kosten aus Invaliditäts- und Todesfällen von Aktiv-Versicherten – ausnahmslos sehr günstig ausgefallen ist. Im Durchschnitt haben lediglich ca. ein Drittel der hierfür vorgesehenen Risikobeitragsanteile verbraucht werden müssen. D.h. mit anderen Worten, dass die für die Risikodeckung reservierten Beitragsanteile zur Verbesserung der Finanzierung der Pensionsversicherung beigetragen haben.

Risikoverlauf im Bestand der Pensionsbezüger

Wie bei den Aktiv-Versicherten wird auch bei den Pensionisten der Risikoverlauf in den vergangenen sechs Jahren genauer untersucht. Von zentralem Interesse ist dabei der sogenannte Verlust wegen Untersterblichkeit, welcher entsteht, weil die Lebenserwartung insbesondere auch in den letzten Jahren immer zugenommen hat. Der jährliche Verlust wegen Untersterblichkeit hat in den letzten sechs Jahren pro Jahr minimal CHF 1.1 Mio., maximal CHF 3.1 Mio., durchschnittlich CHF 2.13 Mio. betragen. Damit haben wir jedoch keine bis anhin nicht bekannt gewesene technische Verlustquelle offengelegt. Um diesem Phänomen Rechnung zu tragen, bilden wir seit Jahren die Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung. Vergleich: In den letzten Jahren haben wir die Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung bei den Pensionisten jährlich um durchschnittlich ca. CHF 2.1 Mio. erhöht. D.h. der durch Nachkalkulation ermittelte Verlust infolge Untersterblichkeit entspricht recht genau der jährlichen Äufnung der Rückstellung für die Zunahme der Lebenserwartung.

Vermögensertrag

Die gute Nettoperformance im Vorjahr von 10.26 % konnte im Berichtsjahr nicht wiederholt werden. Sie betrug 2.77 % auf die durchschnittlich investierten Aktiven bzw. 3.05 % nach der TWR-Methode.

Technische Zinsgewinne bzw. -verluste

Technische Zinsgewinne entstehen dann, wenn die Vermögenserträge höher sind als die technischen Zinsverpflichtungen der Pensionsversicherung (mehr als 4 %, derzeit gültiger technischer Zinssatz). Dementsprechend resultieren technische Zinsverluste, wenn die Vermögenserträge niedriger sind als die technischen Zinsverpflichtungen auf den Vorsorgekapitalien.

Während im Vorjahr ein technischer Zinsgewinn von ca. CHF 28.4 Mio. entstanden war, resultierte im Berichtsjahr ein technischer Zinsverlust von ca. CHF 11.3 Mio.

Wertschwankungsreserve

Aufgrund der weiterhin bestehenden Unterdeckung sind auch im Berichtsjahr 2010 keine Wertschwankungsreserven gebildet worden. Grundsätzlich hat sich jedoch nichts an der Tatsache geändert, dass eine Zielwertschwankungsreserve von 15.4 % anzustreben ist.

Deckungsgrad

Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr von 76.7 % auf 77.7 % zugenommen. Diese Zunahme ist insofern erfreulich, als sie aufgrund des technischen Zinsverlustes nicht erwartet werden können. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung sind Finanzierungsgewinne aus dem Teilbestand der Aktiv-Versicherten, der einmal mehr sehr gute Risikoverlauf (Tod und Invalidität) sowie unterdurchschnittliche Kosten bei der Bildung des Vorsorgekapitals, weil kaum Bestandeswachstum und eine günstige Bestandesstruktur vorhanden war und überdurchschnittlich viele Neupensionierungen stattgefunden haben.

Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) – MEV

Der Stiftungsrat hat im Berichtsjahr ein umfangreiches Konzept resp. Massnahmenpaket zur Erreichung der Volldeckung (100 %) (MEV genannt) erarbeitet und verabschiedet.

Die MEV bestehen aus zwei Teilpaketen, «Massnahmen aus eigener Kraft» und «Massnahmen durch Gesetzesänderung».

Die erste Massnahme aus dem Teilpaket «Massnahmen aus eigener Kraft», eine Beitragserhöhung von 17.8 % auf 18.9 %, ist auf den 1. Januar 2011 umgesetzt.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Für die Bilanzierung und das versicherungstechnische Gutachten werden unverändert die Rechnungsgrundlagen EVK2000 mit einem technischen Zinsfuss von 4 % verwendet. Die Berechnung des Vorsorgekapitals erfolgt nach dem Grundsatz der prospektiven Bilanzierung in geschlossener Kasse.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Im Berichtsjahr gab es keine Änderungen von technischen Grundlagen und Annahmen.

5.10 Deckungsgrad

Deckungsgrad gemäss kaufmännischer Bilanz (Prospektive Betrachtung, geschlossene Kasse)

(in CHF 1'000)	2010	2009
Aktiven (verfügbare Mittel)		
Bilanzsumme	618'518	574'620
Verpflichtungen aller Art	-1'980	-1'710
Total netto verfügbare Mittel (A)	616'538	572'910
Passiven (technische Verpflichtungen)		
Vorsorgekapital Aktiv-Versicherte	480'268	457'751
Magistratenausgleichsfonds	536	400
Freizügigkeitssperrkonten	27'331	24'261
Vorsorgekapital Pensionsbezüger	242'866	228'004
Technische Rückstellungen	39'600	34'800
Teuerungsfonds für Pensionisten	2'714	1'318
Totale technische Verpflichtungen (B)	793'314	746'534
Deckungsgrad (A) : (B) x 100	77.7 %	76.7 %

6 Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Gemäss Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] gehört der Erlass des Anlagereglements zu den Aufgaben des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat hat gestützt auf diese Kompetenz das bestehende Anlagereglement vom 5. Dezember 2007 (mittels Regierungsentscheid am 11. Dezember 2007, per 1. Januar 2008 in Kraft getreten) nicht geändert, so dass dieses auch im Berichtsjahr gültig ist.

Die Vermögensanlagen werden in «Operative Aktiven» und «Finanzanlagen» unterteilt. Die Anlagetätigkeit in Bezug auf das Anlagereglement und die Anlagestrategie bzw. deren Bewirtschaftung bezieht sich nur auf die «Finanzanlagen».

Per 31. Dezember 2010 bestehen folgende Vertragspartner:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter / Depotstelle
Liquidität, Cash CHF (Operativ und Finanzanlagen)	LLB, Vaduz
Obligationen CHF	LLB, Vaduz Sarasin, Basel
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank, Vaduz
Aktien Schweiz / FL	LLB, Vaduz
Aktien Welt	Pictet, Zürich
Private Equity	LGT, Vaduz
Commodities	Goldman Sachs, London Gresham Investment, New York
Hedge Fund	LGT, Vaduz (Mandat gekündigt)

Zudem besteht mit der Liechtensteinischen Landesbank ein Vertrag zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken sowie die Möglichkeit zur Anlage der Liquidität in Nostrocallgelder. Im Berichtsjahr wurden auf Grund des tieferen Zinssatzes keine Nostrocallgelder angelegt.

Im Berichtsjahr wurde das Mandat mit der Centrum Bank (Aktien Welt), das Mandat mit Harcourt, Zürich/Citco, Amsterdam (Hedge Funds) und das Mandat mit State Street SSgA, Zürich-Paris (Immobilien Ausland) gekündigt. Das Mandat mit der LGT, Vaduz (Hedge Funds) wurde am 22.12.2010 per Ende März 2011 gekündigt.

6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen wird auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz eine Wertschwankungsreserve gebildet. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk-Methode) ermittelt. Bei diesem Verfahren wird aufgrund der Rendite-/Risikoeigenschaften der Anlagestrategie und des aus den Verpflichtungen resultierenden Renditebedarfs (Sollrendite) die Wertschwankungsreserve ermittelt, mit der normale Wertschwankungen des Gesamtvermögens aufgefangen werden sollen und welche die geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglichen soll. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozenten der Verpflichtungen ausgedrückt. Es wird ein Sicherheitsniveau von mindestens 98.5 % über ein Jahr angestrebt.

Wertschwankungsreserve

(in CHF)	2010	2009
Vorsorgekapital und technische Rückstellungen gemäss Bilanz	793'314'152.88	746'533'538.35
Minimal notwendige prozentuale Wertschwankungsreserve bei einem Ausfallrisiko von 1.5 % gemäss Investment-Controller	15.4 %	15.5 %
Notwendige Wertschwankungsreserve (gerundet) (A)	122'170'380.00	115'712'698.00
Bilanzierte Wertschwankungsreserve (B)	0.00	0.00
Reservedefizit (A) – (B)	122'170'380.00	115'712'698.00

Basierend auf den Berechnungen von Complementa wurde die minimale notwendige Reserve auf 15.4 % (bei einem Ausfallrisiko 1.5 %) festgelegt. Infolge Anpassung der strategischen Allokation der Vermögensanlagen per 1. Juli 2010 ist der Bedarf an Wertschwankungsreserven gegenüber Ende 2009 leicht gesunken (minimal notwendig: 15.4 %; vorher: 15.5 %).

Für das Jahr 2011 hat der Stiftungsrat beschlossen, die Wertschwankungsreserve zur Sicherstellung einer Minimalrendite von 4.3 % über einen Zeithorizont von einem Jahr bei einem Sicherheitsniveau von 97.5 % auf 18.3 % festzulegen. Die (Neu-)Berechnung erfolgt jährlich im Rahmen der Überprüfung der Anlagestrategie durch PPCmetrics AG.

6.3 Darstellung der Vermögensanlagen nach Anlagekategorien

6.3.1 Vermögensanlagen

(in CHF)	2010	2009
Operative Aktiven	29'402'032.27	55'064'205.17
Finanzanlagen	588'885'581.43	519'268'464.73
Total	618'287'613.70	574'332'669.90

Die Vermögensanlagen setzen sich zusammen aus den gemäss Anlagereglement und Anlagestrategie bewirtschafteten Aktiven, den sogenannten «Finanzanlagen», und den zur operativen Geschäftstätigkeit notwendigen Aktiven, den sogenannten «Operative Aktiven».

6.3.2 Anlagebegrenzungen nach Anlagereglement

Die Anlagebegrenzungen nach dem Anlagereglement beziehen sich – im Gegensatz zum Vorjahr – gemäss Stiftungsratsbeschluss nur auf die «Finanzanlagen» d.h. unter Ausschluss der in den Vermögensanlagen eingerechneten «Operative Aktiven».

Für die Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gelten gemäss Art. 4.3 des Anlagereglements folgende Begrenzungen:

Einzelbegrenzungen nach Art. 4.3.1 des Anlagereglements

Kategorie (inklusive Derivate)	Marktwert Mio. CHF	Anteil	Begrenzung	Resultat
a) Forderungen Schuldner FL, CH, EWR	250.4	42.5 %	max. 100 %	eingehalten
LLB mit Staatsgarantie	29.7	5.0 %	max. 50 %	eingehalten
LLB ohne Staatsgarantie	1.8	0.3 %	max. 30 %	eingehalten
FL Banken	6.3	1.0 %	je 10 %	eingehalten
übrige Schuldner	212.6	36.1 %	je 5 %	eingehalten
b) Forderungen Schuldner Drittland	65.8	11.2 %	max. 75 %	eingehalten
c) Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen	196.7	33.4 %	max. 50 %	eingehalten
d) Liegenschaften, Immobilienfonds	41.3	7.0 %	max. 50 %	eingehalten
e) nicht traditionelle Anlagen	34.7	5.9 %	max. 15 %	eingehalten
f) Grundpfand	0.0	0.0 %	max. 40 %	eingehalten
Subtotal Finanzanlagen	588.9	100.00 %		
Operative Aktiven	29.4			
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.2			
Total Aktiven gemäss Bilanz	618.5			

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

Gesamtbegrenzungen nach Art. 4.3.2 des Anlagereglements

Kategorie (inklusive Derivate)	Marktwert Mio. CHF	Anteil	Begrenzung	Resultat
a) Bargeld, Forderungen 4.3.1 Bst. a/b	316.2	53.7 %	max. 100 %	eingehalten
e) Liegenschaften, Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen 4.3.1 Bst. c/d	238.0	40.4 %	max. 70 %	eingehalten
nicht traditionelle Anlagen, Grundpfand 4.3.1 Bst. e/f	34.7	5.9 %		
Subtotal Finanzanlagen	588.9	100.00 %		
Operative Aktiven	29.4			
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.2			
Total Aktiven gemäss Bilanz	618.5			
d) Fremdwährung 4.3.1 Bst. a/b	86.5	14.7 %	max. 50 %	eingehalten
e) Fremdwährung 4.3.1 Bst. c/e	136.0	23.1 %	max. 30 %	eingehalten
Fremdwährung 4.3.1 Bst. d/f	0.0	0.0 %		
Total Fremdwährungen	222.5	37.8 %		
Effektive Absicherung	-91.3	-15.5 %		
c) Total Fremdwährungen	131.2	22.3 %	max. 50 %	eingehalten

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

6.3.3 Anlagebegrenzungen nach Anlagestrategie

Gemäss Kapitel 4.6 des Anlagereglements richtet sich die Vermögensstruktur unter Beachtung der Anlagebegrenzungen gemäss Kapitel 4.3 des Anlagereglements nach dem Anlageleitbild und den dazugehörigen Bandbreiten.

Per 31. Dezember 2010 präsentiert sich die Situation wie folgt:

Anlagekategorie	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA*	Diff.	Bandbreiten min.	Bandbreiten max.	Bemerkungen
Nominalwerte	316.1	53.7 %	45.5 %	8.2 %	37.0 %	64.0 %	i.O.
Liquidität, Cash	37.0	6.3 %	0.0 %	6.3 %	0.0 %	5.0 %	1.3 %
Obligationen CHF (Ausland)	193.4	32.8 %	28.0 %	4.8 %	23.0 %	33.0 %	i.O.
Obligationen FW (hedged)	85.7	14.6 %	17.5 %	-2.9 %	14.0 %	21.0 %	i.O.
Wandelanleihen (hedged)	-	0.0 %	0.0 %	0.0 %	0.0 %	5.0 %	i.O.
Sachwerte	272.7	46.3 %	54.5 %	-8.2 %	35.0 %	69.0 %	i.O.
Aktien Schweiz / FL	73.6	12.5 %	12.0 %	0.5 %	10.0 %	14.0 %	i.O.
Aktien Welt (inklusive EMMA)	123.1	20.9 %	22.5 %	-1.6 %	16.0 %	24.0 %	i.O.
Private Equity	5.3	0.9 %	2.0 %	-1.1 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Immobilien FL	41.3	7.0 %	12.0 %	-5.0 %	7.0 %	15.0 %	i.O.
Immobilien Ausland (hedged)	-	0.0 %	0.0 %	0.0 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Hedge Funds (hedged)	11.1	1.9 %	3.0 %	-1.1 %	0.0 %	6.0 %	i.O.
Commodities (hedged)	18.3	3.1 %	3.0 %	0.1 %	2.0 %	4.0 %	i.O.
Subtotal Finanzanlagen	588.9	100.0 %	100.0 %	0.0 %			
Operative Aktiven	29.4						
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.2						
Total Aktiven gemäss Bilanz	618.5						

Sonstige Begrenzungen	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten	Bemerkungen
Total Fremdwährungen	222.5	37.8 %	48.0 %	-10.2 %	32.0 % 66.0 %	i.O.
Fremdwährung (unhedged)	131.2	22.3 %	24.5 %	-2.2 %	16.0 % 27.0 %	i.O.
Total Aktien	196.7	33.4 %	34.5 %	-1.1 %	26.0 % 38.0 %	i.O.

Die Tabellen enthalten Rundungsdifferenzen.

* SAA: Strategische Asset Allocation = Strategische Vermögensaufteilung

Ausser bei der Liquidität werden per 31. Dezember 2010 keine Bandbreiten verletzt.

Zwecks Umsetzung einer neuen Mandatsstruktur im Jahr 2011 wurde auf Ende 2010 eine höhere Liquidität gehalten.

6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Mit Ausnahme der für die Absicherung von Fremdwährungsanlagen getätigten Devisentermingeschäfte bestehen per Bilanzstichtag keine offenen Derivate (Futures und Optionen).

6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending

Per Bilanzstichtag sind Wertschriften mit einem Marktwert von CHF 10'301'080.55 via die Liechtensteinische Landesbank ausgeliehen. Im Berichtsjahr wurden Erträge für Securities Lending über CHF 111'564.05 gutgeschrieben. Die ausgeliehenen Positionen werden jeweils mit Sicherheiten hinterlegt und sind somit gedeckt.

6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlagen

6.6.1 Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen

(in CHF)	Erträge	Kurserfolg	Total
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	82'739.86	0.00	82'739.86
Forderungen	12'217.30	0.00	12'217.30
Anlagen beim Dienstgeber (Verzugszins)	11'377.10	0.00	11'377.10
Liquidität, Cash (Flüssige Mittel und Cash in Wertschriftendepots)	44'648.74	-1'114'747.48	-1'070'098.74
Geldmarktanlagen/Absicherung Währung	0.00	12'062'902.98 ¹⁾	12'062'902.98
Obligationen	7'930'605.49	-8'268'495.09	-337'889.60
Wandelanleihen	109'008.41	183'886.24	292'894.65
Aktien	3'890'692.80	-290'213.31	3'600'479.49
Alternative Anlagen	0.00	3'767'418.99	3'767'418.99
Immobilien	1'566'421.75	-1'544'990.70	21'431.05
Zwischentotal	13'647'711.45	4'795'761.63	18'443'473.08
Zinsaufwand			-6'100.80
Verwaltungsaufwand Anlagen (entspricht 0,32 %* der durchschnittlichen Aktiven)			-1'888'444.30
Total			16'548'927.98

* Die PVS hat im Vergleich zu anderen Pensionsversicherungen viele Direktmandate und somit ist der ausgewiesene Verwaltungsaufwand höher als bei anderen Pensionsversicherungen.

Geldmarktanlagen/Absicherung Währung

Der Kurserfolg aus Geldmarktanlagen enthält ausschliesslich realisierte und nicht realisierte Gewinne aus Devisentermingeschäften, welche im Zusammenhang mit der Absicherung des Fremdwährungsexposures in diversen Anlagekategorien (Obligationen Fremdwährungen, Rohstoffanlagen etc.) getätigt wurden. Die Zuordnung dieser Erfolgspositionen zum Erfolg aus Geldmarktanlagen hat damit zu tun, dass Devisentermingeschäfte angesichts ihrer kurzen Laufzeit als kurzfristige Forderungen resp. Verbindlichkeiten zu klassifizieren sind.

Der ausserordentlich hohe Gewinn aus derartigen Währungsabsicherungsgeschäften im Berichtsjahr ist die Folge der starken Kursrückgänge der meisten Fremdwährungen zum Schweizer Franken (EUR: -15.7 %, USD: -9.8 %, JPY: +3.5 %, GBP: -12.6 %).

¹⁾ Der Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung der Position «Geldmarktanlagen/Absicherung Währung» setzt sich wie folgt zusammen:

(in CHF)	Kurserfolg
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Obligationen	11'151'143
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Wandelanleihen	-186'628
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Aktien	405'507
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Immobilien Ausland	75'676
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Commodities	617'205
Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung Total	12'062'903

Die Tabelle enthält gerundete Zahlen.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

(in CHF)	2010	2009
Bankspesen, Gebühren, Steuern	591'712.40	497'049.58
Management Fees der Banken	709'864.90	921'111.22
Transaktion Fees, Custody Fees	17'255.65	41'693.54
Wertschriftenbuchhaltung / Controlling	364'248.05	359'278.00
Beratungsaufwand	121'606.50	188'364.95
Vermögensanlagekommission	79'452.80	0.00
Liegenschaftsverwaltung	4'304.00	1'291.20
Total	1'888'444.30	2'008'788.49

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen hat sich trotz höherem Anlagevermögen gegenüber 2009 zurückgebildet. Im Berichtsjahr beläuft sich der Aufwand für die Verwaltung der Vermögensanlagen auf 0.32 % der durchschnittlichen Aktiven (Vorjahr 0.38 %).

In der Position «Bankspesen, Gebühren, Steuern» sind vor allem die bei der Bewirtschaftung der Aktienportfolios anfallenden Quellensteuern aus Dividendenerträgen und Umsatzabgaben enthalten. Sie enthält zudem die Gebühren und Abgaben im Zusammenhang mit den Neuinvestitionen bzw. Umstrukturierungen bei den Obligationen- und Wandelanleihen-Mandaten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die höheren Quellensteuerabzüge zurückzuführen. Diese sind aufgrund der höheren Aktienquote und den daraus entstandenen höheren Dividendenerträgen angefallen.

Die Position «Management Fees» beinhaltet die festen/pauschalen und variablen/leistungsabhängigen Entschädigungen im Rahmen der Bewirtschaftungen der Anlagekategorien durch spezialisierte Vermögensverwalter. Die Abnahme der Position «Management Fees» ist im Wesentlichen die Folge reduzierter Pauschalgebühren sowie höherer Rückerstattungen performanceabhängiger Entschädigungen der Vermögensverwalter.

Unter «Wertschriftenbuchhaltung/Controlling» sind die Leistungen für das Performance-Reporting, Investment-Controlling und Wertschriftenbuchhaltung sowie für die damit verbundenen Leistungen enthalten. Infolge Vertragsanpassung mit der Complementa AG per Mitte Berichtsjahr ist der betragsmässige Aufwand trotz höherem Sitzungsrhythmus nicht angestiegen. Dies gilt auch für den «Beratungsaufwand», welcher die Leistungen des Investment Advisors der Firma PPCmetrics AG umfasst. Im Berichtsjahr wurde der Vertrag mit PPCmetrics AG ebenfalls angepasst. Bei der Position «Beratungsaufwand» ist wie bereits im Vorjahr eine deutliche Abnahme zu verzeichnen.

In der Position «Vermögensanlagekommission» sind die Entschädigungen für die Mitglieder der Vermögensanlagekommission (VAK) enthalten und widerspiegeln deren intensive Sitzungstätigkeit im Berichtsjahr.

Die Zunahme der Position «Liegenschaftsverwaltung» erfolgte, da im Berichtsjahr eine detaillierte Überprüfung/Bewertung vorgenommen wurde.

6.6.2 Performance gemessen an durchschnittlich gehaltenen Aktiven

(in CHF)	2010	2009
Nettoergebnis aus der Vermögensanlage exklusiv Zinsaufwand (A)	16'555'028.78	53'934'075.83
Durchschnittliche Aktiven (B)	596'568'807.73	525'593'148.99
Performance (A)/(B)	2.77 %	10.26 %

6.6.3 Performance gemessen nach der TWR-Methode

Nachfolgende Darstellung zeigt die Renditeentwicklung der einzelnen Vermögensverwaltungsmandate im Berichtsjahr nach der TWR-Methode:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter	Performance*	Bewirtschaftung
Liquidität, Cash CHF der Finanzanlagen	PVS	–	PVS direkt
Obligationen CHF	LLB	2.64 %	aktiv
	Sarasin	3.22 %	indexnah
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank	3.71 %	aktiv
Aktien Schweiz / FL	LLB	2.06 %	indexiert
Aktien Welt	Pictet	2.36 %	indexiert
	Centrum Bank (bis 30.9.2010)**	-4.36 %	aktiv
Private Equity	LGT	-1.12 %	aktiv
Commodities	Goldman Sachs	16.19 %	indexnah
	Gresham	17.41 %	aktiv
Hedge Fund	LGT	4.89 %	aktiv
	Harcourt (in Liquidation)	-14.30 %	aktiv
Immobilien Ausland (Fonds)	State Street (bis 30.4.2010)**	-1.13 %	indexiert
Immobilien Inland	PVS	0.82 %	PVS direkt
Konsolidierung		3.05 %	

PVS = Pensionsversicherung für das Staatspersonal * inkl. Erfolg aus Fremdwährungsabsicherung ** Mandat aufgelöst

Gemäss dem durch die Complemta Investment-Controlling AG erstellten Performancereport beläuft sich die Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2010 auf 3.05 % (Vorjahr: +11.14 %). Der Grund für die abweichenden Performancewerte gemäss Kapitel 6.6.2 liegt darin, dass zum einen nur die «Finanzanlagen» zur aktiven Bewirtschaftung der Vermögensanlagen zählen und zum anderen in der unterschiedlichen Methodik der Performancemessung. Die Complemta Investment-Controlling AG misst im Rahmen der monatlichen Performancemessung die Wertentwicklung jedes einzelnen Investments und berechnet daraus für die einzelnen Mandate, Anlagekategorien und das Vermögen der Finanzanlagen nach der TWR-Methode (time-weighted return) die Performance. Die Monatsergebnisse werden dann im Jahresverlauf multiplikativ miteinander verknüpft. Zum anderen sind im Performancereport verschiedene Kosten (Wertschriftenbuchhaltung/Controlling, Beratungsaufwand) nicht enthalten.

6.7 Erläuterung der Anlagen beim Dienstgeber

(in CHF)	2010	2009
Landesverwaltung (1)	2'607'152.05	3'627'144.24
Angeschlossene Betriebe (1)	803'706.02	713'603.12
Zwischentotal (1)	3'410'858.07	4'340'747.36
Landesverwaltung (2)	5'186.35	-
Angeschlossene Betriebe (2)	1'892.60	-
Zwischentotal (2)	7'078.95	-
Landesverwaltung (3)	260'817.05	9'112'346.03
Angeschlossene Betriebe (3)	53'681.59	983'270.21
Zwischentotal (3)	314'498.64	10'095'616.24
Total	3'732'435.66	14'436'363.60

Die Anlagen bei Dienstgeberfirmen enthalten in Position (1) Kontokorrentforderungen aus offenen Beitragszahlungen. Es erfolgt keine Verzinsung der Kontokorrente der Dienstgeber.

Die Positionen (2) beinhalten die in Rechnung gestellten Verzugszinsen von 4 % wegen zu spät eingegangenen Beitragszahlungen sowie andere gestellte Rechnungen.

Steigt die durchschnittliche versicherte Besoldung jeder Dienstnehmer-Gruppe gegenüber dem Vorjahr um mehr als 3 %, so hat die Pensionsversicherung von den Dienstgebern einen einmaligen Zusatzbeitrag zur Deckung der dadurch anfallenden Mehrkosten einzufordern. Die Positionen (3) beinhalten die im Jahr 2011 in Rechnung gestellten Kosten für Lohnerhöhungen im Jahr 2010 an die Dienstgeber.

40 | 7 Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

7.1 Erläuterungen zur Bilanz

7.1.1 Cash

(in CHF)	2010	2009
Bankguthaben	9'614'526.20	28'181'984.50

Hier handelt es sich um das operative Bankkonto bei der Liechtensteinischen Landesbank. Die markante Abnahme ist auf die regelmässige Abschöpfung der operativen Liquidität zu den Anlagen zurückzuführen.

7.1.2 Forderungen

(in CHF)	2010	2009
Guthaben Renovationsfonds «Burg»	90'279.10	78'411.90
Anzahlung Immobilien	14'812'094.45	10'817'983.00
Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre	262'208.16	349'447.62
Darlehen für Einkauf bis Finanzierungsschlussalter 58 bis 64	864'086.85	1'181'484.95
Kontokorrent Altmagistraten	11'082.50	16'309.30
Kontokorrent Versicherte	15'319.35	2'220.30
Total	16'055'070.41	12'445'857.07

Im Posten «Guthaben Renovationsfonds Burg» ist der Anteil der Pensionsversicherung für das Staatspersonal am Renovationsfonds der Liegenschaft Städtle «Burg» enthalten.

Die Position «Anzahlung Immobilien» beinhaltet die Anzahlung an eine Überbauung, die die Pensionsversicherung nach Fertigstellung erwerben wird. Die Pensionsversicherung ist nicht Bauherr der Überbauung.

Gestützt auf Art. 42 des Vorsorgereglements kann die Einkaufssumme neben einer einmaligen Barzahlung wie folgt finanziert werden:

Variante Darlehen

Die gesamte Einkaufssumme wird zuerst als Darlehen gewährt, welches in der Folge durch monatliche Zahlungen in längstens zehn Jahren amortisiert wird. Die Darlehen wurden im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit 4% verzinst.

Variante Zusatzbeitrag

Die gesamte Einkaufssumme wird mittels gleichbleibendem Zusatzbeitrag bis zum Finanzierungsschlussalter 58 bis 64 finanziert. Diese Schuld des Versicherten wird beim Eintritt einer Risikoleistungspflicht ausgebucht.

Das «Kontokorrent Altmagistraten» beinhaltet Beitragsforderungen an ausgeschiedene, weiter bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versicherte Regierungsmitglieder.

Das «Kontokorrent Versicherte» beinhaltet eine Beitragsforderung an einen Betrieb, welcher einen Versicherten ausscheiden liess obwohl er weiter zu versichern war. Weiteres sind dies Beiträge für Dienstunterbrüche im Jahr 2010, welche erst im Jahr 2011 bezahlt wurden und somit per Bilanzstichtag offen sind.

7.1.3 Immobilien

(in CHF)	2010	2009
Liegenschaft «Burg», Vaduz	3'510'000.00	3'560'000.00
Mehrzweckgebäude, Triesen	12'750'000.00	13'200'000.00
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	11'500'000.00	11'800'000.00
Überbauung «Real», Vaduz	13'500'000.00	13'900'000.00
Total Direktanlagen	41'260'000.00	42'460'000.00
Indirekte Anlagen Ausland	0.00	3'393'836.64
Total	41'260'000.00	45'853'836.64

Die Liegenschaften sind zu Marktwerten bewertet.

Gemäss Anlagereglement (Art. 4.5 lit. e) ist die Bewertung der Liegenschaften jährlich einer groben Überprüfung zu unterziehen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden von unabhängigen Experten zu überprüfen. Im Berichtsjahr erfolgte eine Überprüfung/Bewertung nach anerkannten Schätzungsmethoden auf den 31. Dezember 2010. Die dabei ermittelten Werte haben sich zu den Vorjahren verändert und sehen wie folgt aus:

Liegenschaft	Ertragswert	Realwert	Verkehrswert	Marktwert
Burg	2'781'143	5'559'171	3'479'150	3'510'000
MZG	11'648'700	12'989'280	12'213'780	12'750'000
Pflugstrasse	8'978'000	12'234'840	10'606'420	11'500'000
Real	8'966'400	16'709'000	12'837'700	13'500'000
Total	32'374'243	47'492'291	39'137'050	41'260'000

Die Veränderungen bei den Marktwerten von CHF 1.2 Mio. mussten im Berichtsjahr als Wertkorrektur aufwandswirksam erfasst werden.

Kurzbeschreibungen der einzelnen Werte:

Ertragswert

Der Ertragswert wird stark durch den Kapitalisierungsfaktor geprägt und beeinflusst. Grundsätzlich basiert er auf einem Durchschnittssatz für eine erste variable Hypothek. Auf diesen Satz erfolgt ein prozentualer Zuschlag je nach Neu- oder Altbau und Art der zu bewertenden Liegenschaft normalerweise zwischen 1.0 % bis 4.0 %. Die seit längerer Zeit vorherrschenden tiefen Hypothekarzinsen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sicherheitsstrategisch eher von einem kalkulierten Durchschnittssatz in Höhe von mindestens 4.0 % ausgegangen werden sollte. Gemäss Experten wurde für die Liegenschaften im Fürstentum Liechtenstein für das Berichtsjahr mit objektbezogenen Sätzen von 5.0 % bis 7.0 % gerechnet, welche auch Reserven für zukünftige Renovationskosten beinhalten.

Realwert

Dieser Wert ergibt sich aus der Summe der Werte für Boden, Wohn- und Gebäudewert sowie Erschliessungskosten abzüglich der Minderwerte. Der Gebäudewertverminderung wird durch die Erhöhung des Abschreibungssatzes Rechnung getragen, welcher sich nach am Alter, der Nutzung und dem heutigen Zustand der Bauten orientiert.

Anhang

42 |

Verkehrswert

Indem Ertrags- und Realwert gewichtet werden (je nach Gebäudetyp unterschiedlich), resultiert der Verkehrswert.

Marktwert

Dieser Wert berücksichtigt nebst oben genannten Werten zusätzlich noch Lage, Zustand und Ausbau.

7.1.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2010	2009
Wertschriften	158'640.82	232'250.04
Liegenschaften	71'639.23	54'801.76
Total	230'280.05	287'051.80

Die Aktive Rechnungsabgrenzung «Wertschriften» beinhaltet ausschliesslich Portfolio Management Fee-Positionen und entsprechende MWSt-Positionen. Die markante Abnahme beruht im Wesentlichen auf Mandaten, bei denen wegen verminderter Unterperformance die Rückzahlungen performanceabhängiger Verwaltungsgebühren geringer ausgefallen sind. Die Position «Liegenschaften» beinhaltet den Saldo der Gewinnvorträge der Immobilien «Burg» und «Pflugstrasse».

7.1.5 Verbindlichkeiten

(in CHF)	2010	2009
Freizügigkeitsleistungen und Pensionen	960'467.92	667'126.70
Andere Verbindlichkeiten		
Kreditoren	447'401.25	383'817.07
Quellensteuer	92'166.50	81'568.60
Liegenschaften	19'744.55	19'346.85
Versicherte	470.85	15'000.00
Verbindlichkeiten Dienstgeber	23'843.62	17'456.39
Total	1'544'094.69	1'184'315.61

Freizügigkeitsleistungen und Pensionen

Es handelt sich einerseits um Freizügigkeitsleistungen von Austritten im Berichtsjahr, welche erst nach dem 31. Dezember 2010 abgerechnet werden und andererseits nicht verwendete Eintrittsleistungen von CHF 156'706.95 für Versicherte, die erst nach dem 31. Dezember 2010 der Stiftung beitreten, bei denen die Freizügigkeitsleistung kurz vor Jahresende bereits eingegangen ist.

Kreditoren

Es handelt sich um Rechnungen, die im 2011 eingegangen sind und das Berichtsjahr betreffen.

Quellensteuer

Die Quellensteuer wurde bei Auszahlungen ins Ausland abgezogen und ist der Steuerverwaltung geschuldet.

Liegenschaft

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bürogebäudes «Pflugstrasse» wurden vom früheren Eigentümer verschiedene Mietverträge samt Mieterkautionen übernommen. Im heutigen Zeitpunkt besteht nur noch eine Mieterkaution. Diese wurde gestützt auf Art. 12 Abs. 3 der Verordnung über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVV] mit einem Zins von 0.25 % (einfache Sparkonti) verzinst.

Versicherte

Es handelt sich im Berichtsjahr um Beiträge infolge Dienstunterbrüchen für das Versicherungsjahr 2011 sowie offene Rückzahlungen von zuviel bezahlten Beiträgen für das Berichtsjahr 2010.

Verbindlichkeiten Dienstgeber

Der Saldo beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Betrieben. Dabei handelt es sich um Kontokorrent-Konten, über welche die Belastungen und Gutschriften der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgen.

7.1.6 Passive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2010	2009
Diverses	207'981.00	198'691.60
Wertschriften	228'015.50	326'518.82
Total	435'996.50	525'210.42

Diverses

Es handelt sich um den Beitrag von CHF 147'981.00 an den Sicherheitsfonds BVG der Schweiz und CHF 60'000.00 Grundgebühren an die FMA.

Wertschriften

Es handelt sich um die an die Vermögensverwalter zu erstattenden Pauschalgebühren aufgrund der performanceorientierten Mandatsverträge.

7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung

Per 1. Januar 2010 haben keine Betriebe einen Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat vollzogen, folglich beziehen sich die Erläuterungen von Kapitel 7.2.1 bis 7.2.4 nur auf das Leistungsprimat.

7.2.1 Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Beiträge Dienstnehmer/Dienstgeber

Die ordentlichen Beiträge der Dienstnehmer und Dienstgeber von total 17.8 % betragen je 1.5 % für die Risikoversicherung und 6.5 % Dienstnehmer- sowie 8.3 % Dienstgeberbeiträge für die Altersversicherung der versicherten Besoldung. Die Differenz zwischen Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträgen kommt vor allem aus den unterschiedlichen Beitragsprozenten sowie aus den vom Dienstnehmer bezahlten Dienstgeberbeiträgen bei unbezahlten Dienstunterbrüchen und aus freiwilligen Beschäftigungsgraderhöhungen, die eine Erhöhung der versicherten Besoldung bewirken.

Einmaleinlagen und Einkaufssummen

Zur Leistungsverbesserung können von den Versicherten freiwillig Versicherungsjahre eingekauft werden. Im Berichtsjahr stieg die durchschnittlich versicherte Besoldung nur bei einzelnen Betrieben um mehr als 3%. Die Pensionsversicherung hat die dadurch anfallenden Mehrkosten von CHF 314'498.64 (Vorjahr über 10 Mio.) eingefordert und verbucht. Dies ist auch der Hauptgrund der markanten Abnahme.

Einlagen aus Übernahme Versicherte

Im Berichtsjahr wurden keine ganzen Bestände von Versicherten übernommen.

7.2.2 Eintrittsleistungen

Die «Freizügigkeitseinlagen» entsprechen dem beim Eintritt von Versicherten eingebrachten Pensionsgeld anderer Personalvorsorgestiftungen. In dieser Position sind auch Einzahlungen infolge Scheidungen verbucht.

7.2.3 Reglementarische Leistungen

Pensionen

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Alterspensionen eine Zunahme von 7.3% (Vorjahr 14.6%) festzustellen. Die Hinterlassenenpensionen erhöhen sich im Jahr 2010 um 5.3% (Vorjahr 6.4%). Die Invalidenpensionen erhöhen sich um 3.9% (Vorjahr 10.6%).

Kapitalleistungen

Die im Berichtsjahr ausbezahlten «Kapitalleistungen bei Pensionierung» stützen sich auf Art. 30b des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]. Diese Kapitalleistungen dürfen höchstens dem zweifachen Betrag der versicherten jährlichen Alterspension entsprechen und müssen bis spätestens drei Jahre vor dem Altersrücktritt beantragt werden. Weiters in der Position sind auch Kapitalleistungen gemäss Art. 39 des Vorsorgereglements enthalten. Dies sind Kapitalleistungen bei denen die auszuzahlenden Pensionen 10% der entsprechenden Mindestrente der AHV nicht erreicht.

Die im Berichtsjahr ausbezahlten «Kapitalleistungen bei Tod» stützen sich auf Art. 38 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG]. Kapitalleistungen werden ausgerichtet, wenn ein aktiver oder invalider Versicherter vor dem Rücktrittsalter stirbt und keine pensionsberechtigten Hinterlassenen vorhanden sind. Stirbt der Bezüger einer Alterspension innert zehn Jahren nach dem Beginn des Alterspensionsbezuges und wird keine Ehegattenpension fällig, so richtet die Pensionsversicherung ebenfalls eine Kapitalleistung aus.

7.2.4 Austrittsleistungen

Freizügigkeitsleistungen bei Austritt

Die Austrittsabfindungen werden ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis eines Versicherten endet, ohne dass Ansprüche auf Versicherungsleistungen begründet werden. Die Höhe der Freizügigkeitsleistung ist in Art. 41 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonals [PVG] geregelt.

Vorbezüge Scheidung

Gestützt auf Art. 43a des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] ist die für die Ehedauer zu ermittelnde Austrittsleistung nach den Bestimmungen des Ehegesetzes zu teilen.

7.2.5 Ergebnis Immobilien

(in CHF)	2010	2009
Direktanlagen		
Liegenschaft «Burg», Vaduz	32'143.22	149'449.85
Mehrzweckgebäude, Triesen	173'718.05	611'225.55
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	157'262.40	447'166.25
Überbauung «Real», Vaduz	519.10	391'155.50
Total Direktanlagen	363'642.77	1'598'997.15
Indirekte Anlagen		
Immobilienfonds Ausland	-342'211.72	895'076.64
Total	21'431.05	2'494'073.79

Das Liegenschaftsergebnis hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr bei den Direktanlagen stark verschlechtert. Die Mindereinnahmen sind auf die Abschreibungen bei allen Immobilien zurückzuführen, da die Immobilien per 31. Dezember 2010 neu bewertet wurden, siehe Kapitel 7.1.3.

Bei den Indirekten Anlagen handelt es sich um ein Investment im Bazac Real Estate Europe-Indexfonds von State Street, welcher in die im EPRA/NAREIT Europe Liquid 40 enthaltenen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften investiert. Das Fremdwährungsrisiko wurde abgesichert. Der Fonds wurde per 27. Mai 2010 verkauft und somit ein Verlust realisiert.

Liegenschaftsrechnung «Burg», Vaduz

(in CHF)	2010	2009
Pachtertrag Brasserie «Burg»	144'000.00	144'000.00
Pachtertrag Bürotrakt	43'440.00	39'550.00
Übriger Ertrag	29'927.90	21'819.80
Unterhalt und Reparaturen	-102'798.30	-30'703.95
Übriger Liegenschaftsaufwand	-32'426.38	-25'216.00
Wertkorrektur	-50'000.00	0.00
Liegenschaftserfolg	32'143.22	149'449.85

Die Ertragssituation der Überbauung Städtle «Burg» hat sich gegenüber dem Vorjahr durch die höheren Unterhalts- und Reparaturkosten sowie die Wertkorrektur verschlechtert. Im Berichtsjahr fielen vor allem Neuanschaffungen und Reparaturen in der Küche sowie bei den Elektroanlagen und im WC-Bereich an.

Liegenschaftsrechnung Mehrzweckgebäude, Triesen

(in CHF)	2010	2009
Mietertrag	640'680.00	640'680.00
Übriger Ertrag	388.00	373.00
Unterhalt und Reparaturen	-17'349.95	-29'827.45
Wertkorrektur	-450'000.00	0.00
Liegenschaftserfolg	173'718.05	611'225.55

Das Mehrzweckgebäude ist an das Land Liechtenstein vermietet. Im Berichtsjahr fielen wiederum Unterhaltsarbeiten bei den Storen an, womit nun das ganze Gebäude revidiert wurde. Der geringere Aufwand für «Unterhalt und Reparaturen» hätte zu einer Verbesserung des Erfolges geführt, wenn nicht die Wertkorrektur in Höhe von CHF 450'000 gemacht worden wäre.

Liegenschaftsrechnung «Pflugstrasse», Vaduz

(in CHF)	2010	2009
Mietertrag	532'890.00	538'260.00
Übriger Ertrag	0.00	5.00
Unterhalt und Reparaturen	-43'804.05	-59'228.50
Übriger Liegenschaftsaufwand	-31'823.55	-31'870.25
Wertkorrektur	-300'000.00	0.00
Liegenschaftserfolg	157'262.40	447'166.25

Das Ergebnis der Liegenschaft «Pflugstrasse» hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, eine Wertkorrektur gemacht werden musste. Die Kosten für Unterhalt und Reparaturen wurden hingegen verringert. Im Berichtsjahr fielen vor allem Unterhaltsarbeiten im Innenbereich und bei den Elektroanlagen an.

Liegenschaftsrechnung «Real», Vaduz

(in CHF)	2010	2009
Mietertrag	448'320.00	448'668.45
Unterhalt und Reparaturen	-47'800.90	-57'512.95
Wertkorrektur	-400'000.00	0.00
Liegenschaftserfolg	519.10	391'155.50

Im Berichtsjahr fielen vor allem Unterhaltsarbeiten bei den Storen und im Aussenbereich an. Das Ergebnis der Liegenschaft «Real» hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch die Wertkorrektur verschlechtert.

7.2.6 Sonstiger Ertrag

Der sonstige Ertrag resultiert aus der Ausbuchung kleinerer Rundungs- und Beitragsdifferenzen.

7.2.7 Sonstiger Aufwand

Der sonstige Aufwand setzt sich aus kleineren Rundungs- und Beitragsdifferenzen zusammen. In dieser Position sind auch die Ausbuchungen von Amortisationsvereinbarungen enthalten, die mittels Einmalzahlung beglichen wurden. Der Aufwand entsteht dadurch, dass die ganze Forderung bis zum Finanzierungsschlussalter 58 bis 64 bilanziert ist und der Ablösebetrag zum heutigen Zeitpunkt geringer ist. Ebenso sind Amortisierungsanpassungen, die durch die Änderung des Finanzierungsschlussalters erfolgten, verbucht. Weitere Ausführungen stehen in Kapitel 7.1.2.

Unter sonstiger Aufwand wurden auch Pensionen, welche rückwirkend für das Jahr 2009 ausbezahlt wurden, verbucht.

7.2.8 Verwaltungsaufwand

(in CHF)	2010	2009
Personalaufwand	513'762.68	453'000.00
Bankspesen, Gebühren operativ	384.82	402.70
Beratungsaufwand, PV-Experte	317'877.70	398'597.50
Revision, Stiftungsrat, Anwalt	267'665.55	294'718.45
Ausbildungskosten	1'385.60	3'452.60
Drucksachen etc.	30'686.40	25'901.52
Infrastruktur	136'415.84	193'089.50
Versicherung	24'979.50	0.00
Übriger Aufwand	8'057.70	4'203.25
Total	1'301'215.79	1'373'365.52

Der Anstieg im Personalaufwand ist auf Anpassungen infolge von Funktionswechsel, Auszahlung der Überstunden und Kosten für Lohnerhöhungen zurückzuführen.

Durch die Unterdeckung per 31. Dezember 2009 erfolgte im Berichtsjahr die Erarbeitung von Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) im Zeitraum 2011 – 2020 (MEV). Der Stiftungsrat insbesondere die Präsidentin und der Geschäftsleiter haben sich im Berichtsjahr sehr intensiv mit der Kassa auseinandergesetzt und waren bei der Ausarbeitung der «MEV» massgebend beteiligt. Aufgrund dieser und anderen intern umgesetzten Arbeiten konnte die Position «Beratungsaufwand, PV-Experten» reduziert werden. Die Position «Revision, Stiftungsrat, Anwalt» ist ebenfalls reduziert worden. Im Vorjahr wurde der Anstieg infolge Sonderkosten durch die Änderung der Aufsicht von der Regierung zur FMA begründet. Im Berichtsjahr erfolgte durch die Neuwahl per 1. Januar 2010 eine Anpassung der Stiftungsratsentschädigung, welche von der Regierung mit einer Jahrespauschalentschädigung in Höhe von CHF 20'000 für die Präsidentin, CHF 7'000 für den Vizepräsidenten und CHF 4'000 für die übrigen Mitgliedern festgelegt sind. Weitere Entschädigungen sind mittels von der Regierung festgelegten Sitzungsgelder für acht Ganztagesitzungen und drei Halbtagesitzungen ausbezahlt worden. Im Berichtsjahr wurden CHF 108'061.50 inklusive Sozialleistungen an Entschädigungen an den Stiftungsrat ausbezahlt. Ebenfalls musste im Berichtsjahr mehr Anwaltsaufwand infolge der Überarbeitung des Vorsorgereglements und des Vorsorgeplans bezahlt werden.

Bei den Drucksachen sind nebst den internen und externen Druckkosten auch die Leistungen des Grafikbüros beinhaltet.

Anhang

48 |

Bei der Infrastruktur handelt sich um die notwendigen Anschaffungen durch den Umzug in die Austrasse 15, Wartungsgebühren der Pensionsversicherungssoftware sowie Programmierungsarbeiten infolge Programm-anpassungen. Weiters ist die Miete in Höhe von CHF 5'070 pro Monat in der Position «Infrastruktur» enthalten. Seit 1. Januar 2010 muss die Pensionsversicherung die Versicherung selbst tragen, da sie nicht mehr in der Police der Landesverwaltung geführt ist. Aus diesem Grund hat die Pensionsversicherung eine kombinierte Organ- und Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen.

Im übrigen Aufwand sind die Kanzleiausgaben berücksichtigt.

Es ist erfreulich, dass trotz hohem Tätigkeitsaufwand die Gesamtkosten für die Verwaltung um 6 % vermindert werden konnten.

Verwaltungsaufwand pro Versicherte

	31.12.2010	31.12.2009
Verwaltungsaufwand	1'301'215.79	1'373'365.52
Versicherte (1)	4'817	4'640
Kosten pro Versicherte	270	296
Versicherte (2)	5'413	5'184
Kosten pro Versicherte	240	265

Versicherte (1)

Durchschnittlicher Bestand «Aktiv-Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger». Unterjährige Austritte sind nicht berücksichtigt.

Versicherte (2)

Bestand «Aktiv-Versicherte, Mitglieder Magistratenfonds, Mitglieder Freizügigkeitssperrenkonten und Pensionsbezüger» per 31. Dezember zuzüglich Austritte im Berichtsjahr, ohne Austritte Pensionisten.

8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Die Pensionsversicherung untersteht seit dem 1. Januar 2009 der Oberaufsicht durch die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA).

Der Stiftungsrat und die Geschäftsleitung erfüllen zeitnah die in Art.14f PVG geregelten Inhalte bezüglich der Informations- und Genehmigungspflicht der FMA und stehen in engem Kontakt mit den Vertretern der Aufsichtsbehörde u. a. im Rahmen der neu in Erarbeitung befindlichen Reglemente und dem im Herbst 2010 verabschiedeten Massnahmenpaket zur Erreichung der Volldeckung innert zehn Jahren. Direkte Auflagen mittels Verfügungen sind im Berichtsjahr seitens der FMA nicht erfolgt.

9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Nachschusspflichten (Commitment)

In Zusammenhang mit der Private Equity Anlage besteht im Rahmen der Aufstockung eines bewilligten Investments von total EUR 7 Mio. eine Verpflichtung zur sukzessiven weiteren Investition im Umfang von EUR 2'359'000.

9.2 Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100 %) – MEV im Zeitraum 2011 bis 2020

Der Stiftungsrat hat in seiner Sitzung vom 4. Mai 2010 eine Reihe strategischer Ziele verabschiedet. Hauptziel ist klar die Erreichung der Volldeckung der PVS innert zehn Jahren. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der finanziellen Sicherheit der PVS durch eine Stärkung der Finanzierung und eine strengere Bilanzierung. Ebenso sind Optimierungen der versicherten Leistungen und die Überprüfung der rechtlichen Grundlagen (PVG, PVV, Reglemente) geplant um allenfalls strukturelle Finanzierungsdefizite zu eliminieren. Diese versicherungstechnischen Massnahmen tragen nebst dem Massnahmenkonzept zur Erreichung der Volldeckung einen wesentlichen Beitrag bei, um die finanzielle Sicherheit der PVS langfristig zu sichern.

Der Stiftungsrat hat am 6. Juli 2010 ein breites Set an möglichen Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung der PVS diskutiert und modelliert. Dabei wurden materielle und strukturelle Massnahmen untersucht unabhängig davon, ob diese unter dem aktuell gültigen Gesetz umgesetzt werden können oder nicht. Bei den Modellrechnungen wird angenommen, dass die Anlageerträge die Sollrendite¹ im Betrachtungszeitraum decken.

An der Stiftungsratssitzung vom 23. September 2010 wurden die Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) – MEV verabschiedet.

Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) und die Regierung haben die MEV zur Kenntnis genommen.

¹ Sollrendite bei 76.7 % Deckungsgrad ca. 5.2 %, bei 100 % Deckungsgrad ca. 4.0 % (gemäss statischer Definition der Sollrendite für die PVS)

Ausgangslage	Deckungsgrad / Differenz Deckungsgrad
Deckungsgrad per 31. Dezember 2009 (Deckungsgrad 1)	76.7 %
Massnahmen Phase 1 (2011)	
Umstellung der Bilanzierung auf den Barwert der erworbenen Leistungen (Deckungsgrad 3) und Risikofinanzierung nach pauschaler Methode (ab 31. Dezember 2011)	+5.6 %
Erhöhung der Beiträge von 17.8 % auf 18.9 % im Rahmen des Bandbreitenmodells (ab 1. Januar 2011)	+3.7 %
Verwendung von 1.5 % der versicherten Besoldung aus Risikobeiträgen (ab 1. Januar 2011)	+4.9 %
Deckungsgrad aufgrund der Massnahmen von Phase 1 (rechnerisch per 31. Dezember 2009)	90.9 %
Massnahmen Phase 2 (ab 2012)	
Erhöhung der Beiträge von 18.9 % auf 20.0 % im Rahmen des Bandbreitenmodells (ab 1. Januar 2012)	+3.0 %
Massnahmen Phase 2 (ab 2013)	
Aussetzung des Teuerungsausgleichs als Beitrag zur Sanierung (ab 1. Januar 2013)	+1.2 %
Vollständige Finanzierung der Erhöhung der versicherten Besoldung mittels Nachzahlung (ab 1. Januar 2013)	+3.7 %
Deckungsgrad aufgrund der Massnahmen von Phase 2 (rechnerisch per 31. Dezember 2009)	98.9 %

Als Alternative zur vollständigen Finanzierung der Erhöhung der versicherten Besoldung oder zusätzlich, können die Dienstgeber eine Dienstgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht einbringen. Als Beispiel würden CHF 20 Mio. den Deckungsgrad per 31. Dezember um +2.9 % verbessern.

Gewährleistungs- Interventionsmodell

Wichtiger Bestandteil der Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) im Zeitraum 2011 bis 2020 ist das Gewährleistungs-Interventionsmodell „GLIM“, welches aufgrund der besonderen Situation der Unterdeckung als breit abgestützte und tragfähige Lösung beschlossen wurde. Im speziellen geht es beim „GLIM“ darum, dass die Dienstgeber im Falle einer Unterschreitung des IST-Deckungsgrades im Vergleich zum prognostizierten SOLL-Deckungsgrad gemäss den MEV an den drei definierten Zeitpunkten (2015/2017/2020) entsprechend Kapital einbringen müssen um die Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) zu gewährleisten.

Unter der Annahme, dass die Gesetzesrevision mit den zur Phase 2 beschlossenen Massnahmen ab 1.1.2013 in Kraft tritt, wird erstmals nach drei Jahren (voraussichtlich 31.12.2015) nach Inkraftsetzung der Gesetzesrevision, welche die Massnahmen zur Verbesserung des Deckungsgrades (100%) gemäss Konzept Stiftungsratsbeschluss 23.9.2010 zur Phase 2 beinhaltet, eine Vergleichsrechnung durchgeführt. Die Vergleichsrechnung prüft, ob und inwieweit die Massnahmen zur Erreichung der Volldeckung (100%) per 31.12.2015 auf Zielkurs sind. Eine weitere Überprüfung mittels Vergleichsrechnung erfolgt nochmals nach 2 Jahren (voraussichtlich 31.12.2017) und abschliessend am 31.12.2020.

Verglichen wird erstmals per 31.12.2015 gemäss Jahresbericht der Deckungsgrad DG3 (IST-Deckungsgrad) mit dem Deckungsgrad, welcher gemäss beschlossenen Massnahmen zu erwarten war (SOLL-Deckungsgrad). Der zu erwartende Deckungsgrad (SOLL-Deckungsgrad) wird anhand der am 23.9.2010 zur Verfügung stehenden Simulation und der darauf basierenden Grundlagen und Bilanzierungsart mit Berücksichtigung des

verbleibenden zu simulierenden Zeitraumes (voraussichtlich 5 Jahre) berechnet. Sollte sich herausstellen, dass der IST-Deckungsgrad unter dem SOLL-Deckungsgrad liegt, muss die daraus resultierende Differenz zum SOLL-Deckungsgrad mittels unverzüglicher Einmaleinlage seitens der Dienstgeber einbezahlt werden, damit der IST-Deckungsgrad mit dem zu diesem Zeitpunkt definierten SOLL-Deckungsgrad wieder übereinstimmt.

Sollte jedoch die Deckungsgradentwicklung im Zeitraum bis 31.12.2020 durch Ereignisse, welche im gegenständlichen PV-Expertenbericht vom 26.8.2010 nicht berücksichtigt werden können, wie etwa die Nichterreichung der dem Massnahmenpaket zugrundeliegende Anlage-Rendite negativ ausfallen, wird die Einmaleinlage durch Aussetzen der vollständigen Finanzierung der Erhöhung der versicherten Besoldung begrenzt. Eine solche Begrenzung ist vorzusehen, wenn die Differenz zwischen SOLL-Deckungsgrad und IST-Deckungsgrad grösser ist als eine noch in der Gesetzesrevision zu definierende Schwelle. Bei Erreichung dieser Schwelle wird die vollständige Finanzierung der Erhöhung der versicherten Besoldung von den Dienstgebern eingestellt. Die daraus resultierenden versicherungstechnischen Folgen sind den Dienstnehmern zu belasten und können von ihnen wieder eingekauft werden.

Bei Erreichung von 100% Deckungsgrad gemäss Ausweis im geprüften Jahresbericht der Jahre 2011 - 2020 entfällt dieses Gewährleistungs-Interventionsmodell. Die Gewährleistung erlischt somit bei erstmaliger Erreichung eines Deckungsgrades DG3 von 100% innert 10 Jahren. Bei dem hier erwähnten Deckungsgrad gemäss Jahresbericht handelt es sich um den von der Revisionsstelle geprüften und bestätigten Deckungsgrad. Die Umstellung von Deckungsgrad DG1 auf DG3 ist in den Massnahmen bzw. der Simulation beinhaltet. Somit wird zukünftig, nach Anpassung der Verordnung die Bilanzierung nach DG3 umgestellt und bilanziert bzw. auf Basis DG3 verglichen.

Anhang

52 | 10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
Keine.

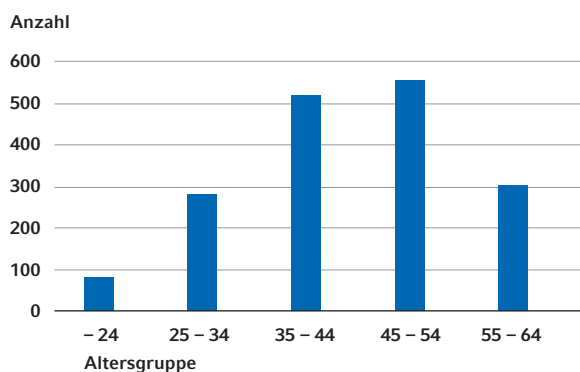
Angaben zum versicherungstechnischen Teil

Altersstruktur Aktiv-Versicherte per 31. Dezember

| 53

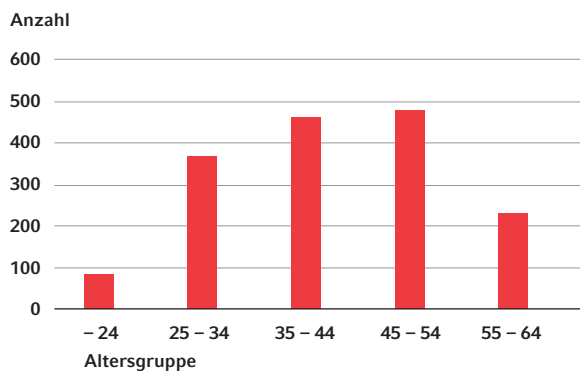
Männer

Altersgruppe	2010		2009		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	85	4.9	97	5.5	87	5.2
25 - 34	282	16.2	306	17.5	301	17.9
35 - 44	516	29.6	523	29.9	533	31.8
45 - 54	551	31.7	528	30.2	479	28.6
55 - 64	306	17.6	296	16.9	277	16.5
Total	1'740	100.0	1'750	100.0	1'677	100.0



Frauen

Altersgruppe	2010		2009		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	85	5.3	84	5.3	99	6.5
25 - 34	373	23.0	387	24.4	374	24.7
35 - 44	455	28.1	456	28.7	446	29.4
45 - 54	484	29.9	449	28.3	402	26.5
55 - 64	221	13.7	212	13.3	196	12.9
Total	1'618	100	1'588	100	1'517	100.0



Angaben zum versicherungstechnischen Teil

54 |

Durchschnittsalter Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 31. Dezember

Pensionsart	2010	2009	2008
Alter			
Männer	70.4	70.2	70.4
Frauen	69.2	69.0	68.4
Kinder	21.0	19.5	19.7
Hinterlassene			
Männer	62.6	63.6	65.5
Frauen	73.8	73.3	73.0
Kinder	18.5	17.8	15.5
Invaliden			
Männer	55.4	55.7	55.4
Frauen	51.7	52.0	52.6
Kinder	16.7	16.0	16.7
Total	68.7	68.4	68.4

Altersstruktur Pensionsbezüger (ohne Kinder) per 31. Dezember

Altersgruppe	Alter		Hinterlassene		Invaliden	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
20 – 34	0	0	1	1	6	4
35 – 44	0	0	3	3	4	5
45 – 54	0	0	5	5	31	28
55 – 64	111	107	26	25	39	40
65 – 74	310	277	30	29	0	0
75 – 84	95	86	42	41	0	0
85 – 94	11	13	16	12	0	0
über 95	1	1	2	3	0	0
Total	528	484	125	119	80	77

**Pensionsversicherung
für das Staatspersonal**

Austrasse 15
Postfach 684
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 76 16
F +423 236 75 84
info@pvs.llv.li

www.pvs.llv.li